

HEFT 2 2014

SICHERHEITS- GEMEINSCHAFT

DAS OSZE-MAGAZIN



Überblick »



1 **Serbia, Bosnia and Herzegovina** Als die Hochwasserkatastrophe im Mai über Südosteuropa hereinbrach, schlossen sich die OSZEMissionen in Serbien und Bosnien und Herzegowina sofort den internationalen Hilfsaktionen an. p.6

2 **Ukraine.** Die OSZE reagiert auf die Krise in der Ukraine mit Verhandlung, Monitoring, Wahlbeobachtung, militärischer Verifikation und Dialog. p.22

3 **Genf, Schweiz** Der Vergleichs und Schiedsgerichtshof der OSZE verfügt über ungenutztes Potenzial für die Beilegung von Differenzen zwischen Teilnehmerstaaten. p.36

4 **Dänemark** Eine dänische NGO und eine Initiative für Kriminalitätsprävention nutzen gemeinsam die wunderbare Kraft des Fußballs, um Jugendliche von Extremismus und Radikalisierung fernzuhalten. p.44

INHALT » Ausgabe 2/2014

Meilensteine **4**
**ICT/Internetsicherheit –
Aufbau von Vertrauen**



Sonderthema
**Wenn die Natur verrückt
spielt**

Die OSZE beteiligt sich an der Hochwasserhilfe. Prognosen sind Pflicht. Eine Fallstudie – Monthey im Wallis (Schweiz).

Sicherheitsgemeinschaft **18**



**Kapitel VIII – was es ist
und warum es von Bedeu-
tung ist**

Im Brennpunkt **22**



Die OSZE in der Ukraine
Entsendung von Beobachtern im Eiltempo. Beobachtung der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine.

Quilt



Reportage

32



Politisch exponierte Personen

OSZE intern

36

Der Vergleichs- und Schiedsgerichtshof der OSZE

Zivilgesellschaft **38**



**Interview mit Madeleine Rees,
Generalsekretärin der
Internationalen Frauenliga für
Frieden und Freiheit**

Debatte

42

**Eine Büchse der Pandora des
Journalismus?**

Best Practice

44



Der Zauber des Fußballs

Bücher

46



**Victor-Yves Ghebali's monu-
mentales Werk zur Geschichte
der OSZE**

Auslese

48

Sicherheitsgemeinschaft wird vom OSZE Sekretariat herausgegeben.

Abteilung Kommunikation und Medienbeziehungen
Wallnerstraße 6
1010 Wien, Österreich
Telefon: +43 1 51436 6267
oscemagazine@osce.org

Verfügbar als Druckausgabe in Englisch und Russisch, online in den Sprachen Englisch, Russisch, Deutsch und Französisch unter www.osce.org.

Auch als kostenlose App für iPad erhältlich.

Die in den Artikeln vertretenen Ansichten geben die Meinung der Verfasser und nicht notwendigerweise den offiziellen Standpunkt der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten wieder.

Verantwortlich für die Redaktion
Ursula Froese

Redaktionelle Mitarbeit

Miroslava Beham, Cathie Burton, Ursula Froese, Adam Kobieracki, Alexey Lyzhenkov, Ian Mitchell, Marcel Peško, Desirée Schweitzer

Gestaltung und Illustrationen

Antoine van Dijk

Druck

Elanders, Ungarn
Schriftsatz: LeMonde Journal, Akkurat

Das Magazin „Sicherheitsgemeinschaft“ setzt sich für die Entwicklung einer Gemeinschaft von Menschen ein, die sich der Förderung von Vertrauen und Stabilität im gesamten OSZE Raum verschrieben haben. Schriftliche Beiträge zu einzelnen Aspekten der politisch-militärischen, ökonomischen und ökologischen sowie der menschlichen Sicherheit sind willkommen (redaktionelle Bearbeitung vorbehalten).

Das Titelblatt des Magazins „Sicherheitsgemeinschaft“ ist als Raum für eine künstlerische Auseinandersetzung mit der Idee einer Sicherheitsgemeinschaft und damit zusammenhängenden Fragen gedacht. Beiträge von Künstlern sind erwünscht. Die Urheberrechte bleiben beim Künstler.

Fotos: OSZE, falls nicht eigens ausgewiesen

Titelbild

„Before Flight“
von Michel Buchs
© Municipalité de
Montreux

Auf die ersten Anzeichen möglicher Katastrophen zu achten, ehe diese hereinbrechen, lautete das Thema des zweiten Vorbereitungstreffens des zweiundzwanzigsten Wirtschafts- und Umweltforums der OSZE am 20. und 21. Mai in Montreux (Schweiz).





Von Lamberto Zannier

Die OSZE-Teilnehmerstaaten haben als Erste vertrauensbildende Maßnahmen beschlossen, um das mit dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) verbundene Konfliktrisiko zu reduzieren.

Die Infrastrukturen für die Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) – unsere Telefonleitungen, Rundfunkkabel, Internetanschlüsse, Server und „Clouds“ – sind die Fasern, die uns in der Welt von heute miteinander verbinden. Früher einmal setzten wir uns in einem Raum zusammen, um etwas zu besprechen, und schrieben Nachrichten auf Papier, die wir per Post auf dem Land-, See- oder Luftweg versandten. Jetzt kommunizieren wir elektronisch. Unser Leben spielt sich im virtuellen Raum ab.

Das Ergebnis ist: Ein Angriff auf unsere Kommunikationsnetze trifft nun jeden von uns ganz direkt. Gleichgültig, wo wir uns gerade aufhalten, wir sind alle dieser Gefahr ausgesetzt, einer Gefahr, die keine Regierung außer Acht lassen darf. Sie bringt es zustande, dass wir uns mit vereinten Kräften an die Lösung eines gemeinsamen Problems machen, sie kann uns aber auch entzweien. Können wir einander vertrauen? Gibt es eine Alternative?

Ein Cyberangriff ist der Inbegriff einer Bedrohung im 21. Jahrhundert: er ist global, praktisch nicht rückverfolgbar und äußerst schwer nachweisbar, und die Täter können irgendwo sitzen und in verschiedenster Gestalt auftreten – von einem einsamen Hacker bis zu einer organisierten Gruppe. Hinzu kommt noch, dass die Technologien, kaum hat man sie durchschaut, schon wieder einen Schritt voraus sind, sodass die Risikoplanung zu einem gefährlichen Spiel mit unbekanntem Faktoren wird, die die Bemühungen um Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit unterlaufen können.

Das ist die Stunde der vertrauensbildenden Maßnahmen. Was für die Gründerväter der OSZE – jene Visionäre, die vor 40 Jahren die erste Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vorbereiteten – etwas ganz Neues war, scheint nun das beste Mittel zu sein, um die

Probleme einer Welt zu lösen, die man damals für Science Fiction gehalten hätte. Kernwaffen und Cyberspace sind zwei sehr unterschiedliche Konzepte: Waren die einen eine spezifische Technologie, deren Sinn es war, niemals zum Einsatz zu kommen, ist der andere allgegenwärtig und weltweit in Verwendung. Doch die Antwort auf die heutigen Bedrohungen aus dem Cyberspace könnte dieselbe sein wie zu Zeiten, als es darum ging, die Gefahr eines Atomkriegs zu verringern.

Das Geheimnis liegt in der Art und Weise, wie vertrauensbildende Maßnahmen den Abbau von Spannungen bewirken und wie sie es Staaten ermöglichen, sich anderen vorsichtig zu öffnen, mit einem Informationsaustausch zu beginnen, gemeinsame Probleme aufzuzeigen und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Die OSZE verfügt nach all den Jahrzehnten über einen reichen Erfahrungsschatz in Bezug auf die Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen und deren Anpassung an alle ihre Tätigkeitsbereiche, und so haben die Teilnehmerstaaten im April 2012 beschlossen, sich diese Erfahrungen auch in der aktuellen Frage der Internet/ICT-Sicherheit zunutze zu machen.

Mit dem ehrgeizigen Ziel, nach Wegen zu suchen, um Fehleinschätzungen zu vermeiden und die Gefahr zu reduzieren, dass ein Cyberangriff in einen echten weltweiten Konflikt ausartet, nahmen sie unter dem Vorsitz der Vereinigten Staaten und mit Unterstützung des OSZE-Sekretariats Verhandlungen auf. Diese fanden letztes Jahr mit der Vereinbarung eines ersten Satzes von 11 vertrauensbildenden Maßnahmen im Bereich der ICT-Sicherheit ihren Abschluss. Die Maßnahmen, die für mehr Transparenz sorgen sollen, sind ein großer Durchbruch und etwas völlig Neues in der OSZE-Region. Sie enthalten Bestimmungen über die Kommunikation und den Informationsaustausch auf Regierungs- und Expertenebene und über die Nutzung der OSZE als Plattform für den Austausch bewährter Methoden.

Die meisten Maßnahmen sind freiwilliger Natur, da man die Erfahrung gemacht hat, dass der Schlüssel zum Erfolg darin liegt, mit leicht zu Bewerkstellendem zu beginnen und mit wachsendem Vertrauen den nächsten Schritt zu tun. Eine der einfachsten aber zugleich auch erfolgversprechendsten Maßnahmen ist die Schaffung eines gemeinsamen Vokabulars, damit alle Staaten dieselbe Sprache sprechen und gefährliche Fehleinschätzungen vermieden werden. Zu diesem Zweck haben die Staaten vereinbart, einander über die bei ihnen verwendeten Begriffe zu informieren und für jeden Begriff eine Erklärung zu liefern. Am Ende soll ein einvernehmliches Glossar stehen, das dann der internationalen Gemeinschaft gute Dienste leisten wird.

Da das Thema Internet-/ICT-Sicherheit nun in vielen Foren zur Diskussion steht, sollen diese Maßnahmen auch in andere regionale und internationale Prozesse einfließen.

Diese ersten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen sind im Wesentlichen ein Ausdruck des guten Willens der Teilnehmerstaaten – eine Aufforderung zum Tanz. Bei großer Unsicherheit ist der erste Schritt oft der schwierigste. Ist der geschafft, geht es darum, einander kennenzulernen und einen gemeinsamen Rhythmus zu finden.

Ich erwarte durchaus, dass die Teilnehmerstaaten noch weitere Schritte in Erwägung ziehen werden, um das Risiko einer Fehleinschätzung, einer Eskalation und eines Konflikts weiter zu verringern. Wie rasch sie den ersten Satz von vertrauensbildenden Maßnahmen umsetzen und sich auf neue Maßnahmen einigen werden, wird von ihrem politischen Willen abhängen.

Lamberto Zannier ist Generalsekretär der OSZE.

Die Maßnahmen im Überblick



Den vollen Wortlaut des Beschlusses finden Sie unter: www.osce.org/pc/109168. Nähere Informationen über die Arbeit der OSZE im Bereich der Internet-/ICT-Sicherheit erteilt: Ben.Hiller@osce.org.

Die OSZE-Teilnehmerstaaten haben folgende Schritte zur Vertrauensbildung im Bereich der Internet-/ICT-Sicherheit vereinbart:

Sie stellen ihre nationalen Sichtweisen in Bezug auf Bedrohungen für die ICTs und deren Nutzung auf freiwilliger Basis zur Verfügung.

Sie erleichtern auf freiwilliger Basis die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch betreffend die Sicherheit der ICTs und ihrer Nutzung.

Sie führen auf freiwilliger Basis Konsultationen durch, um das Risiko von Fehleinschätzungen, die sich aus der Nutzung von ICTs ergeben könnten, zu vermindern.

Sie tauschen auf freiwilliger Basis Informationen über die von ihnen veranlassten Maßnahmen zur Gewährleistung eines offenen, interoperablen, sicheren und verlässlichen Internets aus.

Sie nützen die OSZE als Plattform für den Austausch von bewährten Methoden und Informationen.

Es wird ihnen nahegelegt, für zeitgemäße und wirksame nationale Rechtsvorschriften zu sorgen, die die Zusammenarbeit erleichtern, um die Nutzung der ICTs zu terroristischen oder kriminellen Zwecken zu verhindern.

Sie informieren auf freiwilliger Basis über ihre nationale Organisation, Strategien, politischen Konzepte und Programme, die für die Sicherheit der ICTs und ihrer Nutzung von Belang sind – auch hinsichtlich öffentlich-privater Partnerschaften.

Sie bestimmen eine Kontaktstelle, um zweckdienliche Mitteilungen und den einschlägigen Dialog über die Sicherheit der ICTs und ihrer Nutzung zu erleichtern.

Sie stellen freiwillig eine Liste ihrer im Inland im Zusammenhang mit der Sicherheit der ICTs und ihrer Nutzung verwendeten Begriffe zur Verfügung. Auf längere Sicht nehmen sich die Teilnehmerstaaten vor, ein einvernehmliches Glossar zu erstellen.

Zur Kommunikation über die vertrauensbildenden Maßnahmen nutzen sie die Mechanismen der OSZE, unter anderem das vom Konfliktverhütungszentrum betriebene Kommunikationsnetz.

Sie treten alljährlich mindestens dreimal zusammen, um die ausgetauschten Informationen zu besprechen und Überlegungen über eine Weiterentwicklung der vertrauensbildenden Maßnahmen anzustellen.

Im Mai trafen polare Luftmassen auf subtropische Luft aus dem Mittelmeerraum und bildeten ein ausgeprägtes Tiefdruckgebiet, das über Südosteuropa die heftigsten Regenfälle seit Beginn der Aufzeichnung von Wetterdaten niedergehen ließ. Gleichzeitig wälzten sich Wassermassen aus dem Westen donauabwärts in Richtung Schwarzes Meer. Das Ergebnis waren schwere Überschwemmungen an der Save und ihren Nebenflüssen Bosna und Kolubra, die 80 Menschenleben forderten und Millionen von Menschen in Not brachten.

Bei Naturkatastrophen kann man nur eines tun – man muss handeln, und zwar so rasch, so effizient und so großzügig wie nur möglich. Die OSZE unterhält Feldoperationen in Serbien und in Bosnien und Herzegowina. Sie beteiligten sich sofort an den internationalen Hilfsaktionen.

Der Schweizer OSZE-Vorsitz hat die Verringerung der Gefahr von Naturkatastrophen als eine seiner Prioritäten auf die Tagesordnung der Organisation gesetzt. Die Teilnehmerstaaten der OSZE haben es sich zur Aufgabe gemacht, Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität in der Region abzuwenden, und wenn der Wasserspiegel wieder sinkt – oder besser noch, ehe er überhaupt steigt –, ist der Augenblick gekommen, gemeinsam zu entscheiden, wie man sich am besten gegen die Launen der Natur wappnet.



Wenn die Natur verrückt spielt

Spendenfonds

Als das Hochwasser Mitte Mai in Südosteuropa eine Spur der Verwüstung hinterließ, gab der OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier aus dem Spendenfonds der OSZE unverzüglich 30 000 Euro für die Mission in Bosnien und Herzegowina und 15 000 Euro für die Mission in Serbien frei.

In enger Absprache mit der internationalen Gemeinschaft kaufte die Mission in Bosnien und Herzegowina Schlauchboote,

Schlafsäcke und Decken an. Auf dringliches Ersuchen des Roten Kreuzes beschaffte die Mission in Serbien 10 000 Paar Unterwäsche für Menschen, die nur mit den feuchten Kleidern, die sie am Leib trugen, Haus und Hof verlassen mussten.

Beide Büros griffen auch auf eigene Mittel zurück, ihre Mitarbeiter halfen freiwillig mit und spendeten großzügig. Die Mission in Skopje – die in der Folge selbst vom Hochwasser betroffen war – bot jeder der beiden Missionen sofort 2 000 Euro aus ihrem ständigen „Blossom Fund“.

Umwidmungen in Serbien

„Die serbischen Behörden brauchten in den ersten Tagen dringend Ausrüstung. Unsere Abteilung Demokratisierung hat ein Katastrophenschutzprogramm laufen, daher war die Katastrophenschutzabteilung des Innenministeriums schon zuvor ein Partner, mit dem wir laufend in Kontakt standen. Wir konnten 23 551 Euro an Wechselkursersparnis aus einem außerbudgetären Projekt umwidmen, das von der schwedischen Regierung finanziert wird, die freundlicherweise sehr rasch zusagte. Wir beschafften eine Hochleistungspumpe zum Selbstkostenpreis und noch drei kleinere Pumpen“, sagte Paula Thiede, die Stellvertretende Leiterin der Mission in Serbien.

„Wir haben auch ein von Schweden finanziertes Roma-Unterstützungsprojekt, in dessen Rahmen wir 155 000 Euro für die Anschaffung von 1 000 Hygienesets für die Roma-Gemeinschaft umwidmen und den Roma-Siedlungen in Obrenovac, der am schwersten vom Hochwasser betroffenen Stadt in Serbien, dringend benötigte Hilfe leisten konnten“, fügte sie hinzu.

Ein Außenstellennetz in Bosnien und Herzegowina

„Der Besuch in Sekovice an der Drina war erschütternd. Die Mülldeponie war am Flussufer und als das Hochwasser kam, wurde der gesamte Müll in die Stadt gespült. Der ganze Ort war damit übersät. Müllberge mitten in der Stadt. Wir konnten freiwillige Helfer gewinnen und stellten Versorgungspakete zur Verfügung“, sagte Fletcher Burton, der Leiter der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina.

„Die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina unterhält – außer der EUFOR (der EUMilitäroperation in Bosnien und Herzegowina) – als Einzige ein Netz an internationalen Feldpräsenzen im Land. Wir haben vorübergehend fünf zusätzliche Büros in den vom Hochwasser betroffenen Gebieten Maglaj, Bijeljina, Šamac, Orašje und Prijedor eingerichtet. Unser Netzwerk stand den humanitären Organisationen zur Verfügung – den wahren Experten, wenn es um die Bewältigung von Naturkatastrophen geht. Unsere Kollegen gaben ihnen Informationen, stellten Kontakte her und machten sie mit örtlichen Besonderheiten vertraut – Dienste, die nur wir anbieten können, denn wir leben hier. Wir kennen diese Region besser als irgendjemand sonst“, ergänzte er.

Fotos (von links nach rechts): 1 Hochwasser im Kanton Posavina, Bosnien und Herzegowina (BiH) (OSZE/Gonzalo de Cesare); 2 Hochwasser in Obrenovac, Serbien (OSZE/Milan Obradovic); 3 Das österreichische Rote Kreuz, BiH (OSZE/Danica Pelemiš-Subotic); 4,5 Erdbeben im Kanton Tuzla, BiH (OSZE/Danica Pelemiš-Subotic); 6,7 Aufräumarbeiten und Desinfektion in Obrenovac, Serbien (OSZE/Milan Obradovic).

Prognosen sind Pflicht

Es mag das Vorrecht der Natur sein, uns Katastrophen zu bescheren – in unserer Verantwortung liegt es, deren Risiken zu verringern.

Die Schweizer Erfahrungen

Allein im letzten Jahrzehnt kamen eine Million Menschen durch Naturereignisse ums Leben, die als Erdbeben, Tsunamis, Überschwemmungen und Wirbelstürme nach Schätzungen des Büros der Vereinten Nationen für die Verringerung des Katastrophenrisikos Schäden in Höhe von 1 Billion USDollar verursachten. Doch nicht nur die Natur alleine ist für tragische Todesfälle und große finanzielle Schäden verantwortlich zu machen. Sicherheit hängt auch davon ab, ob man die Risiken, die eine nicht berechenbare Umwelt mit sich bringt, richtig versteht und konkrete Gegenmaßnahmen ergreift, um ihre Folgen zu mindern.

Diese Erkenntnis sollte uns eigentlich der gesunde Menschenverstand eingeben. Doch tatsächlich nehmen in vielen Teilen der Welt die Naturkatastrophen zu, die auf die immer dichtere Besiedlung in Gegenden, die für extreme Naturereignisse anfällig sind, zurückzuführen sind – wozu noch eine Unkenntnis der Risiken, eine chaotische nationale Planung, das Fehlen einer angemessenen Bauordnung und die skrupellose Ausbeutung natürlicher Ressourcen kommen.

Die OSZE setzt sich für die Stärkung des Bewusstseins für Bedrohungen von Sicherheit und Stabilität und die zu deren Minderung notwendigen Maßnahmen ein. Aus diesen Überlegungen heraus beschloss der Schweizer OSZEVorsitz 2014, die Verhütung von Naturkatastrophen unter seine Top-Prioritäten aufzunehmen.

Aufgrund ihrer Topografie muss sich die Schweiz immer wieder mit Risiken wie Erdbeben, Lawinen und Überschwemmungen auseinandersetzen. Neu daran ist

jedoch, dass diese Phänomene mit dem Klimawandel, dem Permafrostabbau und dem Schmelzen der Alpengletscher immer häufiger auftreten. Nach dem Hochwasser der Jahre 1987, 1993, 1999, 2000 und 2005 machte sich die Schweiz auf allen Ebenen – kommunal, kantonal und national – daran, ein intensives integriertes Risikomanagement zu entwickeln.

Nicht damit zufrieden, ihren Erfahrungsschatz in ihrem eigenen Land zu hüten, gibt die Schweiz ihr Wissen bereitwillig an andere weiter. In Tadschikistan etwa begleitet die Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) ein Programm für die integrierte Bewirtschaftung von Flusseinzugsgebieten, das die Gefährdung niedrig gelegener Ortschaften durch niederschlagsbedingte Katastrophen wie Überschwemmungen, Erdbeben oder Muren verringern soll.

Gemeinsam mit der örtlichen Bevölkerung beschließt das Projektteam die Maßnahmen, deren Schwerpunkte Weidewirtschaft, nachhaltige Landwirtschaft, Waldfeldbau, Energieeffizienz (zur generellen Entlastung der Wälder und Vegetation) und die Infrastrukturen zur Schadensminderung sind.

Um die Bevölkerung besser gegen Naturkatastrophen zu rüsten, bedient sich das Projekt unter anderem der folgenden Methoden: Bau von Wassertränken für das Vieh, Verhütung der Bodenerosion in Flusseinzugsgebieten durch flächendeckenden Anbau von Hülsenfrüchten, praktische Ausbildung in der Anwendung von Bodenkonservierungsmethoden, Anpflanzung von Obstbäumen, Modernisierung von Öfen zur Drosselung des Holzverbrauchs, Instandsetzung von Schutzverbauungen gegen Muren, Verstärkung von Brücken, Bau eines Rückhaltebeckens als Hochwasserschutz.

Dabei darf man nie vergessen, dass ein absoluter Schutz von Menschen, Sachwerten und Ressourcen nicht möglich ist. An erster Stelle steht die Überlegung, welche Sicherheitsmaßnahmen vorrangig zu treffen sind, welcher Einsatz dazu erforderlich ist und wie groß das Restrisiko ist.

Der Artikel wurde uns von der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) zur Verfügung gestellt.

Mehr über die Aktivitäten der DEZA: www.sdc.admin.ch.

Drei Experten: Verringerung des Katastrophenrisikos

Die Schweiz hieß am 20. und 21. Mai 2014 in Montreux und den benachbarten Walliser Alpen über hundert Fachleute beim Zweiten Vorbereitungstreffen für das 22. Wirtschafts- und Umweltforum der OSZE willkommen. Drei der teilnehmenden Experten erklären, warum internationale Zusammenarbeit so wichtig ist.

„Gewusst wie“ ist nicht genug – „Richtig getan“ lautet die Devise

Toni Frisch berichtet darüber, was die Internationale Beratungsgruppe für Such- und Rettungsdienste (INSARAG) unternimmt, damit die Katastrophenhilfe koordinierter und weniger chaotisch verläuft.

„Als sich 1988 im armenischen Spitak ein schweres Erdbeben ereignete, herrschte im Anschluss daran Chaos – die Hilfsmaßnahmen erfolgten vollkommen unkoordiniert und unprofessionell. Zu viele der Beteiligten hatten keine Ahnung, was zu tun war. Das gab den Anstoß zur Einrichtung einer internationalen Gruppe, die sich der Zusammenarbeit bei Such- und Rettungseinsätzen in Städten annehmen sollte.“

Da wir schon seit Jahren international tätig sind, verfügen wir in der Schweiz über großes Fachwissen im Hinblick auf Naturkatastrophen und Krisen, Sofortmaßnahmen, Hilfeinsätze und Wiederaufbau, aber auch Verhütung und Vorsorge. 1989 schlug ich vor, dass die drei deutschsprachigen Länder Schweiz, Deutschland und Österreich zusammenarbeiten sollten. 1991 wurde unter der Schirmherrschaft von 12 Staaten und des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) die Internationale Beratungsgruppe für Such- und Rettungsdienste (INSARAG) gegründet. Ich wurde zum Vorsitzenden bestellt, der ich bis heute bin.

Seither hat INSARAG eine beachtliche Entwicklung genommen. Wir sind ein weltweit gut verankertes Netz von 80 Staaten, rund zehn internationalen Organisationen und auch einigen NGOs, die alle im Bereich Such- und Rettungseinsätze tätig sind. Alles, was sich weltweit auf diesem Gebiet tut, ist in der INSARAG nun unter einem Dach vereint (bisher noch ohne die OSZE, aber das liegt ja im Bereich des Möglichen).

Das Wichtigste bei einem Hilfeinsatz nach einem schweren Erdbeben ist die Suche nach Überlebenden. Damit wir helfen können, müssen wir an Ort und Stelle sein, von den örtlichen Gegebenheiten bestmöglich Gebrauch machen, unsere Maßnahmen organisieren und daher schon zu Beginn ein Koordinationszentrum einrichten, damit die Hilfe in die richtigen Bahnen gelenkt wird. Nur das Beste ist gut genug. INSARAG hat Standards und Leitlinien für Ausbildung, Übungen und Einsätze erarbeitet, die 2002 in einer Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen gebilligt wurden.

Bei Such- und Rettungseinsätzen ist die Zeit ein kritischer Faktor, und sie sind nur ein Aspekt der Katastrophenhilfe. Es kann sein, dass bei einer Katastrophe nur wenige Menschen gerettet werden und Tausende umkommen. Deshalb habe ich schon vor 20 Jahren gesagt: ‚Wir müssen uns breiter aufstellen und in den Aufbau von Kapazitäten investieren.‘ Viele Länder tun das nun schon seit vielen Jahren erfolgreich.

Ausbildung darf kein theoretisches Geplauder sein. Wir brauchen als Ausbilder Leute aus der Praxis, die sich durch Wissen und durch Taten auszeichnen.

2005 machten wir einen weiteren wichtigen Schritt vorwärts. Wir starteten ein Zertifizierungssystem – wir nennen es Klassifikation –, das mittels Peer-Review zwischen spontanen und professionellen Helfern unterscheidet.

Beides zusammen – professionelle Hilfe im Katastrophenfall und weltweiter Aufbau von Kapazitäten – ist die beste und effizienteste Kombination, die wir nur haben können.“

Botschafter Toni Frisch ist Vorsitzender der Internationalen Beratungsgruppe für Such- und Rettungsdienste (INSARAG).

Ohne Zuhause, ohne Heimat, ohne Rechte

Nina Birkeland zur Not der Menschen, die durch Naturkatastrophen ihre Heimat verloren, und den Bemühungen der Nansen-Initiative, ihr Los zu verbessern.

„Die meisten Menschen, die durch die jüngste Hochwasserkatastrophe auf dem Balkan Haus und Hof verloren, werden in ihrem eigenen Land bleiben, wo die Schutz- und Beistandspflicht ihrem jeweiligen Staat zukommt. Doch einige von ihnen werden wohl in ein anderes Land gehen. Was wird sie dort erwarten?

Wenn Menschen durch eine Naturkatastrophe aus ihrem Land vertrieben werden, landen sie im Niemandsland. Sie haben keinen offiziellen Rechtsstatus. Sie sind keine Flüchtlinge, da eine auf Naturkatastrophen zurückzuführende Vertreibung nicht unter die Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen fällt.

Im Norwegischen Flüchtlingsrat verfolgen wir unfreiwillige Bevölkerungsbewegungen und berichten darüber. Unseren Erkenntnissen zufolge wurden in den letzten sechs Jahren in mindestens 25 OSZE-Teilnehmerstaaten Menschen durch Naturkatastrophen oder die Auswirkungen des Klimawandels zu Vertriebenen.

Manche vertreten die Auffassung, dass man die Flüchtlingskonvention auf Menschen, die durch Naturkatastrophen zu Vertriebenen wurden, ausweiten sollte. Ich halte das nicht für gangbar, denn die Flüchtlingskonvention [der Vereinten Nationen] bezieht sich ganz klar auf Folgendes: Sie soll Menschen vor ‚Verfolgung‘ schützen; es geht also darum, dass ein Staat die Absicht hat, Menschenrechte zu verletzen, oder Menschenrechtsverletzungen zulässt. Es wäre ein äußerst komplizierter und langwieriger Prozess, dieses Übereinkommen abzuändern, ohne die Rechte derjenigen, für die es jetzt schon gilt, zu schmälern. Wir müssen also andere Mittel und Wege finden, um diejenigen zu schützen, die bedingt durch Naturkatastrophen und Klimawandel

zu Vertriebenen wurden. Aus diesem Grund haben Norwegen und die Schweiz die Nansen-Initiative ins Leben gerufen.

Zwei oder drei Jahre werden nicht ausreichen, um das Problem zu lösen; es handelt sich um einen Prozess, der mehr Zeit in Anspruch nehmen wird, aber schon jetzt kristallisieren sich einige bewährte Methoden heraus.

Der erste Schritt muss es sein, sich ein Bild von den Geschehnissen zu machen und wie die Menschen damit zurechtkommen. Manche können sich selbst helfen, andere erhalten Hilfe von der Zivilgesellschaft oder religiösen Organisationen und wieder andere finden vielleicht eine Möglichkeit, als Arbeitsmigranten unterzukommen.

In Absprache mit der Regierung und der Zivilgesellschaft eines Landes versucht die Nansen-Initiative festzustellen, wie die Lage in den einzelnen Regionen konkret aussieht. Wir legen Fakten auf den Tisch und fragen unsere Gesprächspartner nach den Verhältnissen im Land, was auf kommunaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene zur Bewältigung dieser Herausforderungen noch getan werden kann.

Es zeigt sich immer wieder, dass es für Vertriebene schwerer ist, Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Bildungs- und Gesundheitswesen zu finden – selbst in ihrem eigenen Land. So kann es sein, dass die staatliche Unterstützung nicht auf nationaler, sondern auf kommunaler Ebene erfolgt. Und wenn man dort nicht beheimatet ist, hat man unter Umständen auch keinen Anspruch auf Unterstützung.

Der nächste Schritt besteht darin, vorbildliche Beispiele zu finden, die anderen Ländern als Modell dienen können. Ganz allgemein geht es der Nansen-Initiative darum, herauszufinden, welche Prinzipien übereinstimmend als für den Schutz von Menschen wesentlich erachtet werden, die im Gefolge von Naturkatastrophen aus ihrem Land vertrieben wurden.

Wie könnte die Rolle der OSZE aussehen? Die Teilnehmerstaaten könnten ihre innerstaatliche Politik im Umgang mit dem Klimawandel und zur Minderung des Katastrophenrisikos auf die Bereiche Vertreibung und Prävention ausdehnen. Für diejenigen, die bereits von Vertreibung betroffen sind, könnten sie dauerhafte Lösungen auf regionaler Ebene anpeilen, für deren Monitoring die OSZE-Feldoperationen prädestiniert scheinen.“

Nina M. Birkeland ist Leitende Beraterin für Katastrophen und Klimawandel in der Abteilung Partnerschaft und Politik des Norwegischen Flüchtlingsrats, der die Nansen-Initiative unterstützt.

Wir stehen vor politischen Erdbeben

Nach Ansicht von Fred Tipson hat ein Zeitalter begonnen, in dem sich die gängige Einstellung zu Sicherheitsfragen angesichts der Umweltzerstörung drastisch ändern wird.

Welche Veränderungen kommen auf uns zu?

Der letzte Bericht des Weltklimarats bestätigt, dass die schwindenden Eisschilde in der Arktis und der Antarktis den Meeresspiegel viel stärker steigen lassen werden als erwartet, und das früher, als bisher angenommen. Bekanntlich muss der Meeresspiegel nicht stark steigen – es genügen schon einige Zentimeter –, damit die Auswirkungen von Sturmfluten drastischer werden. Das wird die Prioritäten der Menschen grundlegend verändern.

Wir neigen noch immer dazu, Naturkatastrophen als einmalige Ereignisse zu betrachten, und nicht als Symptome eines größeren Trends, den wir viel ernster nehmen sollten. Die Ursache liegt nicht nur im Klimawandel, sondern auch im Bevölkerungswachstum, in der zunehmenden Verknappung von Nahrung und Wasser und im Verbrauch dieser Ressourcen, gepaart mit einem weit verbreiteten politischen Unvermögen, weitreichende und schwierige Entscheidungen zu treffen. Selbst wenn klar auf der Hand liegt, welche Schritte zu setzen sind – wenn schon keine Lösungen, so zumindest Ansätze zum Risikomanagement –, sind die Regierungen unfähig, diese Entscheidungen zu treffen. All diese Faktoren zusammen werden bei den Menschen zu einem Umdenken führen, was ihre eigene Sicherheit und die ihrer Familie betrifft, und sich darauf auswirken, wo sie sich niederlassen, neu ansiedeln oder weiter aufhalten wollen.

In politischer Hinsicht kann das die zuwanderungsfeindliche Stimmung in Europa und auch in den Vereinigten Staaten verschärfen. Und da meiner Ansicht nach eine Reihe von großen und symptomatischen Naturkatastrophen an verschiedenen Orten zu erwarten ist, werden die Menschen allmählich die Zusammenhänge erkennen und die Vorgänge um sie herum mit anderen Augen sehen.

Was können wir tun?

Wir müssen uns darüber klar werden, dass die unterschiedlichen Folgen, um die es hier geht –

Überschwemmungen, Dürren, Hungersnöte und Krankheiten – länderübergreifend sind und von Regierungen und Politikern im nationalen politischen Rahmen nur schwer bewältigt werden können. Vielleicht können wir örtliche Führungspersonlichkeiten dazu veranlassen, sich mutiger mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, wenn der internationale Diskurs darüber mit größerem Nachdruck geführt wird.

In gewisser Weise sollten wir daraus lernen, wie wir in Zeiten des Kalten Krieges versucht haben, eine Katastrophe zu verhindern. Damals war unser Hauptanliegen, einen nuklearen Schlagabtausch zu verhindern, sei er nun gewollt oder – die wahrscheinlichere Variante – Folge einer Fehleinschätzung oder einer Eskalation. An die Bedrohungen gingen wir weniger unter dem Aspekt wissenschaftlicher Gewissheit, sondern im Hinblick auf Risiken, Wahrscheinlichkeiten und Szenarien heran. Zumindest wir in der Sicherheitsgemeinschaft dachten bis ins kleinste Detail darüber nach, wie etwas Derartiges geschehen könnte. Nicht um alle in Angst und Schrecken zu versetzen, sondern um nachjustieren, Spannungen abbauen und diplomatische Prozesse zur Verbesserung der Kommunikation nützen zu können. Das führte zur Sicherheitskonferenz in Helsinki 1975 und zu den Anfängen der OSZE.

Worauf sollen wir achten?

Viele wissenschaftliche Prognosen laufen darauf hinaus, dass infolge des Klimawandels bestimmte Teile der Welt unbewohnbar werden. Wir müssen uns über die Folgen dieser Entwicklung – politischer Druck, Konfliktpotenzial, die dunkle Seite des menschlichen Verhaltens – Gedanken machen.

Gewiss ist es äußerst wichtig, Ruhe zu bewahren und sich zu wappnen. Und natürlich wollen wir auch an unserer heldenhaften Bereitschaft, Katastrophenhilfe zu leisten, arbeiten. Aber wenn wir uns die Symptome und die wissenschaftlichen Prognosen ansehen, ohne uns etwas vorzumachen, müssen wir erkennen, dass stoische Ruhe und Heldenhaftigkeit nicht genügen werden. Nach Anbruch des Zeitalters der Umweltveränderung, das ich „Ökozoikum“ nenne, werden Menschen auf Wanderschaft gehen müssen, um zu überleben. Je eher wir uns darüber klar werden, welche Teile der Welt davon betroffen sein werden, und je eher wir uns darauf vorbereiten, umso leichter werden wir damit zurechtkommen. Sich jetzt damit auseinanderzusetzen, wird um vieles leichter sein, als während einer akuten Krise, wenn es uns an Zeit und Anpassungsfähigkeit mangelt und wir nicht in der Lage

sind, ein Mindestmaß an politischer Stabilität und Freiheiten aufrechtzuerhalten.

Internationale Solidarität ist letzten Endes unsere einzige Hoffnung. Ich fürchte nur, dass wir die Dinge nicht früh genug in den Griff bekommen, um die äußerst eigennützigen und nur dem eigenen Schutz dienenden Reaktionen zu vermeiden, die üblicherweise von skrupellosen Politikern kommen, die Probleme für ihre Zwecke aufbauschen. Es besteht auch die Gefahr, dass Terroristen und kriminelle Vereinigungen sich diese drohenden Naturkatastrophen zunutze machen, um Panik und Chaos zu verbreiten. Korrupte Regierungen werden damit noch wesentlich schlechter zurechtkommen.

Deshalb bin ich so sehr im Zwiespalt, was all die Bemühungen der Vereinten Nationen und anderer internationaler Gremien um Verringerung des Katastrophenrisikos betrifft – die Entwicklung von Grundsätzen und Programmen, die Vorbereitungen für das Treffen im kommenden März im japanischen Sendai (die Dritte Weltkonferenz der Vereinten Nationen über die Verringerung des Katastrophenrisikos, 14. bis 18. März 2015). Lauter sehr konstruktive Gespräche, aber mit geringer fachlicher Kompetenz und wenig Echo oder Rückhalt aus der Öffentlichkeit. Sehr wahrscheinlich werden viele dieser Grundsätze nicht umgesetzt werden, und wenn, werden sie engstirnig sein und nicht auf diese umfassenden politischen Gefahren eingehen.

Wir sehen die Verringerung von Umweltgefahren noch immer viel zu sehr unter wirtschaftlichen und technischen Gesichtspunkten und nicht als konfliktrträgige Herausforderungen von immenser politischer Tragweite.

Was kann die OSZE tun?

Die Schlussakte von Helsinki 1975 schuf eine Art höhere Instanz, die über den einzelnen Staaten steht und von den Bürgern angerufen werden kann. 40 Jahre nach Helsinki sollten wir uns Gedanken über einen neuen Solidaritätspakt machen, der uns die Zusammenarbeit in Bezug auf länderübergreifende ökologische, demographische und ressourcenbezogene Risiken erleichtern soll.

In gewisser Weise geschieht das schon in den sogenannten ersten beiden Körben: stoisches Durchhalten auf der einen Seite und heldenhaftes Hilfsethos auf der anderen – Hilfe, die nicht nur mitfühlend und großzügig, sondern auch durchaus realistisch ist, da Hilfsgelder nicht einfach dazu

verwendet werden, um Situationen zu verfestigen, die auf Dauer nicht haltbar sind. Der schwierigste Korb wird aber – wie es schon bei den menschenrechtlichen Bestimmungen der Schlussakte von Helsinki der Fall war – der dritte sein: die Suche nach Lösungen für das ökozoische Zeitalter, wenn die Umweltbelastungen in Summe nach drastischen Antworten wie etwa einer Umsiedlung rufen.

Wir müssen die mit einer planmäßigen Umsiedlung verbundenen Fragen – welche Gegenden sind am meisten gefährdet, wo kann sich die derzeitige Bevölkerung nicht halten – zu einem Thema des internationalen Diskurses machen. Wir müssen darin ein gemeinsames Problem sehen, über dessen Bewältigung wir miteinander reden können. Auch hier ist zu hoffen, dass die Diskussion jenen Politikern Schützenhilfe leistet, die diese Fragen im eigenen Land möglicherweise nicht zur Sprache bringen können.

Die Idee eines neuen Paktes, einer neuen Schlussakte, klingt naiv, ich weiß. Die Regierungen sind nicht bereit, und auch die Öffentlichkeit ist es nicht. Ich glaube aber, dass die Gefahr schneller ins Bewusstsein dringen wird, als wir vermuten. Viele Umweltgruppen sind besorgt darüber, dass die Allgemeinheit so apathisch zu sein scheint. Ich prophezeie, dass, wenn es immer mehr Katastrophen geben wird – und das in größerem Maßstab, als wir gewohnt sind, – die Öffentlichkeit im Interesse ihrer eigenen Sicherheit beginnen wird, die richtigen Fragen zu stellen. Sie wird erkennen, wie verwundbar einige von uns, die meisten von uns, sind. Und das wird nach und nach – und schließlich weltweit – zu einem politischen Umdenken führen. Die Öffentlichkeit wird darauf drängen, und das wird die Regierungen für diese Fragen hellhörig machen.

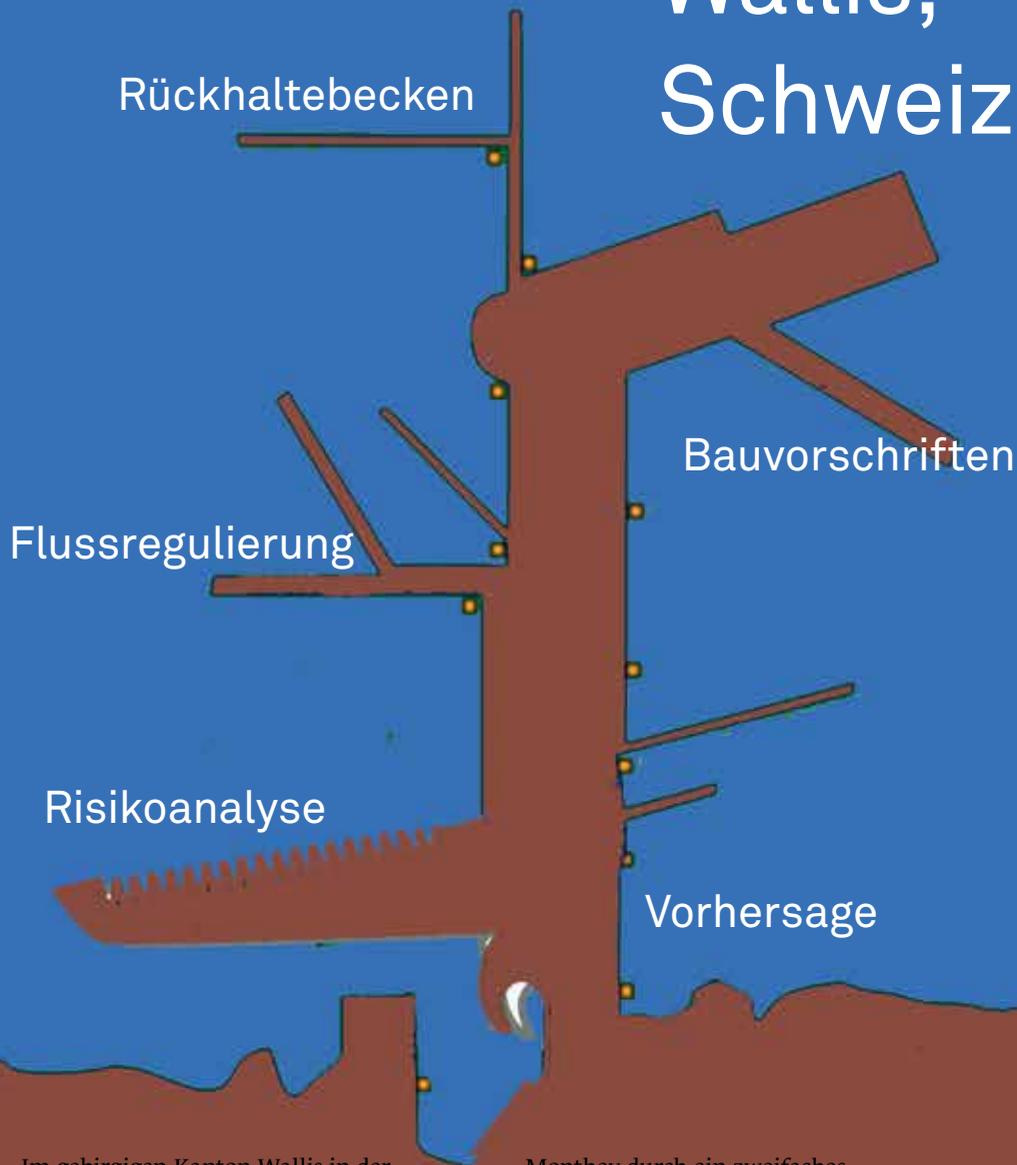
Wenn also die OSZE nach wie vor die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist, sollten wir jetzt gemeinsam über diese wichtige Aufgabenstellung für unsere Zukunft nachdenken.

Fred Tipson ist Sonderberater des United States Institute of Peace in Washington, D.C.

Die OSZE und der Klimawandel

Die OSZE betreibt seit 2013 gemeinsam mit ihren Partnern von der Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC) ein Projekt, um die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit zu beurteilen und Gefahrenherde in Osteuropa, dem Südkaukasus und Zentralasien zu erkennen. Das mit 2,1 Millionen Euro dotierte Projekt wird durch das Stabilitätsinstrument der Europäischen Kommission und die Austrian Development Agency unterstützt. Konsultationen auf nationaler Ebene, die von Januar bis Mai 2014 in 11 Ländern stattfanden, werden in einem partizipatorischen Prozess, dem Regierungen, NGOs und akademische Kreise angehören werden, regionale Konsultationen folgen.

Eine Fallstudie Monthey, Wallis, Schweiz.



Im gebirgigen Kanton Wallis in der Schweiz hat die Bevölkerung im Laufe der Jahrhunderte gelernt, Achtung vor den Launen der Natur zu haben. Die an der Rhone gelegene Stadt Monthey am Fuße der Dents du Midi ist ein gutes Beispiel dafür.

Als Standort großer internationaler Chemiefirmen ist Monthey der Wirtschaftsmotor des Wallis. Damit ist

Monthey durch ein zweifaches verheerendes Szenario gefährdet, könnte doch zu einer Naturkatastrophe eine durch sie ausgelöste Industriekatastrophe hinzukommen.

Sehen wir uns also an, mit welchen Mitteln Monthey sich gegen die Gefahren wappnet, die von anschwellenden Wildbächen, Hochwasser, Erdbeben und Erdbeben ausgehen.



Aufweitung eines Flusses

Auf dem Weg vom Rhonegletscher bis zum Genfersee legt die Rhone 170 km zurück, ehe sie sich südwärts wendet und durch Frankreich ins Mittelmeer fließt. Seit Jahrhunderten ist sie die Lebensader der an ihren Ufern angesiedelten Menschen. Sie kann jedoch für Tausende todbringend sein, wenn der Wasserpegel des Flusses ansteigt. Vierzehntausend Hektar Land gelten als hochwassergefährdet, das Schadenspotenzial der Rhone wird auf 10 Mrd. Schweizer Franken geschätzt.

Bereits zweimal wurde versucht, durch riesige Bauvorhaben zur Änderung des Flusslaufs die Bedrohung zu reduzieren: zwischen 1863 und 1894 und zwischen 1930 und 1960. Nach den Hochwassern von 1987 stand fest, dass eine dritte Korrektur des Flusslaufs der Rhone unumgänglich sein

würde, eine Erkenntnis, die nach dem Jahrhunderthochwasser im Rhonetal im Jahr 2000 für alle klar war.

Ein Vorhaben dieser Größenordnung bedarf einer langjährigen Planung. Farblich kodierte Gefahrenkarten sind dabei ein wichtiges Hilfsmittel. Hochwasserschutzmaßnahmen werden in der Schweiz für ein hundertjährliches Hochwasser ausgelegt. An dem 2008 fertiggestellten Entwurf wirkten viele Partner mit. 2012 wurde das Vorhaben genehmigt.

Wo genügend Raum vorhanden ist, wird der Fluss aufgeweitet. In städtischen Gebieten, wo das aufgrund der räumlichen Enge nicht möglich ist, wird das Flussbett vertieft.

Auffangbecken für einen Gebirgsbach

Der Nant de Choëx, der in das Flüsschen Vièze mündet, das durch Monthey fließt, ist mit seiner Kette von Wasserfällen, die sich über die bewaldeten Hänge stürzen, ein malerischer Gebirgsbach. Aber einmal in zehn Jahren kann er bei einem Unwetter zu einem Sturzbach anschwellen, der große Schäden in den nahe gelegenen Siedlungen anrichten kann.

Wie kann man hier Abhilfe schaffen? Für den Bau eines parallelen Entlastungsgerinnes, das ein hundertjährliches Hochwasser aufnehmen kann, ist der Raumbedarf groß und die Kosten würden in keinem Verhältnis zum Risiko stehen.

In diesem Fall lautete die Antwort: Rückhalten. Am Waldrand wurde ein grasbewachsenes Rückhaltebecken gebaut, das sich gut in die Landschaft einfügt und bis zu 30 000 m³ fassen kann. Es ist groß genug, um einen Wildbach, der 23m³ pro Sekunde führt (die Größenordnung einer typischen Sturzflut) auf beherrschbare 10m³ pro Sekunde zu reduzieren. Das Wasser aus dem Bach wird über einen eigenen 25 m langen Kanal in das Rückhaltebecken umgeleitet, an dessen Ausflussöffnung der Zulauf in das Becken, der über eine erosionsverhindernde Böschung aus losen Steinen erfolgt, reguliert werden kann.

Was passiert jedoch, wenn ein zehnjährliches Hochwasser sich als hundertjährliches erweist, für das das Rückhaltebecken nicht ausgelegt ist? In früheren Zeiten hätte man einen solchen Fall nicht in die Planungsgleichung einbezogen und damit möglicherweise eine schlimmere Katastrophe heraufbeschworen als die, die verhindert werden sollte. Für den Fall, dass die vom Nant de Choëx abgegebene Wassermenge das Aufnahmevermögen des Beckens überschreitet, ist dieses mit einem Überlauf ausgerüstet, über den das Wasser in eine Zone umgeleitet wird, wo es am wenigsten Schaden anrichtet.

Im Wallis musste man die Erkenntnis teuer bezahlen, dass Schutzmaßnahmen nicht ihrerseits Gefahren mit sich bringen sollten, die schlimmer sind als diejenigen, vor denen sie schützen sollen. Als es im Jahr 2000 im Dörfchen Gondo an der Schweizer Grenze zu Italien zu einem Erdbeben kam, barst die oberhalb des Ortes gelegene Schutzwand und drei je 500 Tonnen schwere Betonblöcke rutschten auf den Schlammmassen zu Tal und durchpflügten den Ort, wo sie Verwüstungen und Verletzte hinterließen – weit mehr, als das eine bloße Naturkatastrophe je vermocht hätte.



Blick in die Zukunft

Vorwarnung und rasche Gegenmaßnahmen können über Leben und Tod entscheiden, wenn eine Katastrophe im Anzug ist.

Minerva war der Name einer etruskischen Göttin, was so viel bedeutet wie „die Messende“. Im oberen Rhonetal ist mit MINERVE ein Prognoseinstrument gemeint, das zur Abbildung extremer Ereignisse entwickelt wurde, wie zum Beispiel zur Vorhersage eines Hochwassers.

Auf der Grundlage von Informationen über Wassermenge, Niederschläge, Temperatur, Pegelstand der Wasserkraftwerksspeicher und Schneedecke und gestützt auf historische Daten kann man im Kanton Wallis dank MINERVE drei bis fünf Tage im Voraus Hochwasser voraussagen.

MINERVE ist ein Entscheidungshilfe-Instrument. Tausende Messstellen liefern ihre Daten an 21 Stationen, die automatisch

Hochwasserprognosen erstellen. An allen Stationen sind Alarmwerte eingestellt, bei deren Erreichung die kommunalen und kantonalen Behörden informiert werden.

MINERVE ist aber auch ein Katastrophenmanagement-Instrument. Eine Gruppe von Fachleuten sorgt dafür, dass das System nicht nur numerische Daten sondern auch Empfehlungen für vorbeugende Maßnahmen liefert, etwa für die entsprechende Regulierung der in den Bergen befindlichen Wasserspeicher.



Eine Schule wird erdbebensicher

Das Wallis ist nach Basel der am stärksten erdbebengefährdete Kanton der Schweiz. Berechnungen zufolge wird das Wallis alle hundert Jahre von einem Erdbeben der Stärke 6 nach Richter heimgesucht. Das letzte Erdbeben ereignete sich 1946, weshalb in diesem Jahrhundert, vermutlich innerhalb der nächsten 50 Jahre, wieder mit einem Beben zu rechnen ist.

Da im Durchschnitt nur jede dritte Generation ein Erdbeben erlebt, ist dieses Risiko den Menschen nicht so gegenwärtig. Viele Gebäude in Monthey und Umgebung sind nicht dafür ausgelegt, eine seismische Erschütterung auszuhalten. Die Primarschule Collège de l'Europe ist eines dieser Gebäude. Sie wurde erbaut, ehe Baunormen für Erdbeben eingeführt wurden, und steht auf kleinen Betonpfeilern, die nur vertikalen Kräften standhalten können.

Seit 2004 ermitteln Kanton und Gemeinden gemeinsam die Erdbebentauglichkeit aller Gebäude. 2013 wurde ein genauer Erdbebenreaktionsplan verabschiedet.

Der Befund für das Collège de l'Europe ergab, dass es nur zehn Prozent der seismischen Kräfte aushält.

Bei einem Erdbeben größeren Ausmaßes würde es wohl einstürzen – und unter Umständen 450 Kinder zwischen 10 und 14 Jahren unter sich begraben. Es bedurfte also einer Verstärkung. Die Abhilfe, für die man sich entschied, sollte auf zweierlei Weise erfolgen. Zur horizontalen Stabilisierung wurden in die Zwischenräume zwischen den drei Gebäuden des Schulkomplexes zwei Betonkerne eingefügt, die eine zusätzliche Oberfläche in der Größenordnung von 600 m² geschaffen haben.

Blieb noch das Problem der Verwindung. Dafür wurden an den Ecken und an der Rückseite der Schule Stahlverstärkungen angebracht. Die Komplexität des Problems erinnerte die Architekten an ein Tangram-Spiel, weshalb sie für die Stützpfeiler aus Stahl geometrische Formen verwendeten, die an Tangram erinnern. Für ihren Entwurf wurden sie mit dem Schweizer Ingenieurpreis für erdbebensicheres Bauen ausgezeichnet.

Chemische Risiken unter Kontrolle

Seit mehr als einem Jahrhundert sind in Monthey chemische Produktionsanlagen angesiedelt – eine Standortwahl, für die es gute Gründe gab. Erstens die günstige Verkehrslage, der Bau einer Eisenbahn brachte der Region wirtschaftlichen Aufschwung. Zweitens das Wasser, das für die Herstellung chemischer Produkte gebraucht und hier von der Rhone geliefert wird. Drittens das Salzbergwerk im nahe gelegenen Dorf Bex – die Sole konnte für die synthetische Herstellung bestimmter Chemikalien verwendet werden. Und viertens war Monthey eine der ersten Städte mit einem Wasserkraftwerk, das den Vièze-Fluss zur Stromerzeugung nutzte.

Zu Beginn waren die Stadt und die Chemieanlagen weit voneinander entfernt, doch heute liegen sie dicht bei einander. Gemüsegärten grenzen direkt an das Fabrikgelände. Sollte sich ein Erdbeben ereignen oder die Rhone über die Ufer treten, könnte es zu einem schweren Chemieunfall oder einem biologischen Störfall kommen, von dem tausende Menschen betroffen wären.

Der Standort in Monthey ist einer von 2 477 Betrieben, die in der Schweiz der Störfallverordnung unterliegen. Diese schreibt Unternehmen vor, einen Bericht über die potenziellen Gefahren und Schadensschätzungen zu verfassen. Wären diese Schäden beträchtlich, ist eine Risikoanalyse zu erstellen, in der die Wahrscheinlichkeit von Großunfällen sowie die Sicherheitsmaßnahmen beschrieben werden. Ausgehend davon verfügen die Behörden weitere Sicherheitsmaßnahmen bis hin zur Einschränkung oder Einstellung des Betriebs.

Derzeit sind an diesem Standort drei multinationale Firmen tätig. BASF erzeugt hier rote und gelbe Pigmente und optische Aufheller für Waschmittel. Huntsman produziert Polymere, etwa die Harze, die für den Airbus oder die in Bern hergestellten BMW verwendet werden. Syngenta erzeugt Pflanzenschutzmittel. Insgesamt beschäftigen die Betriebe hier rund 2 000 Personen.

Ein viertes Unternehmen, die CIMO (Compagnie Industrielle de Monthey), ist für die Infrastruktur und Sicherheit des Standorts zuständig. Für jedes Gebäude gibt es einen kompletten Notfallplan.

CIMO hat eine rund um die Uhr mit freiwilligen und Berufsfeuerwehrlern besetzte Feuerwehr, Sicherheitskräfte und ein Ärzteteam. Sie ist unter anderem mit einer Wasserkanone ausgerüstet, die 4 000 Liter Wasser in der Minute verschießen kann und aus einem eigenen Netz gespeist wird. Sie verfügt über Messinstrumente, mit denen sie den Giftgehalt der Luft, des Bodens und des Wassers innerhalb und außerhalb der Anlage feststellen kann. Sie ist auch für den Strahlenschutz verantwortlich.





Kapitel VIII

von Luk Van Langenhove

Die OSZE definiert sich als regionale Sicherheitsabmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen. Was bedeutet das? Könnte es noch mehr bedeuten?

Die OSZE definiert sich als regionale Sicherheitsabmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen. Was bedeutet das? Könnte es noch mehr bedeuten?

Bei der Abfassung der UN-Charta gab es Stimmen, die eine zentralisierte Sicherheitsorganisation befürworteten, andere wiederum sprachen sich für eine regionalisierte Struktur aus. Als die Charta 1945 fertig gestellt wurde, setzte sich schließlich der universelle Ansatz durch.

Dennoch ist ein ganzes Kapitel, nämlich Kapitel VIII, regionalen Abmachungen und der Regelung ihrer Beziehungen mit der UNO im Bereich Frieden und Sicherheit gewidmet.

Zur Zeit des Kalten Krieges berief man sich selten auf die Bestimmungen von Kapitel VIII. Als jedoch die bipolare Weltordnung zusammenbrach und neue globale Bedrohungen für die Sicherheit entstanden, erwachte mit dem Ausbruch bewaffneter Konflikte auf lokaler und regionaler Ebene erneut das Interesse an regionalen Organisationen und deren Rolle für die Erhaltung von Frieden und Sicherheit auf regionaler Ebene. Die Vereinten Nationen mussten eingestehen, nicht die alleinige Verantwortung für Frieden und Sicherheit in der Welt übernehmen zu können, und begannen, Möglichkeiten für den Ausbau von Kooperationsbeziehungen mit regionalen Organisationen zu prüfen.

Der erste Anstoß dazu kam von UN-Generalsekretär Boutros-Ghali, als er am 18. Dezember 1992 vor der UNO-Generalversammlung von einer neuen Ära als Chance für regionale Abmachungen sprach: „Regionales Handeln [...] könnte nicht nur eine Entlastung für den (UN-Sicherheits)Rat bedeuten, sondern auch zu mehr Partizipation, Konsens und Demokratisierung in internationalen Angelegenheiten beitragen“.

Seither hat die UNO verschiedene Initiativen zur Förderung regionaler und globaler Sicherheitspartnerschaften gesetzt. Die Generalsekretäre veranstalteten Treffen und Klausuren auf hoher Ebene, zu denen regionale Organisationen, darunter die OSZE, eingeladen wurden. Im Jahr 2005 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat nach mehreren Debatten zum Thema die Resolution 1631 über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und Regionalorganisationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit.

Diese Entwicklungen veranlassen mich zu drei Überlegungen:

Erstens: Trotz aller Bemühungen, die die UNO seit dem Kalten Krieg zur Stärkung der Beziehungen mit regionalen Organisationen unternommen hat, bleibt die formelle und systematische Zusammenarbeit mit ihnen beschränkt.

Zweitens: Es sind nur sporadische Fortschritte im Ausbau der Zusammenarbeit zu beobachten. Dies liegt unter anderem auch daran, dass der Prozess von den Generalsekretären und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gesteuert wird. Die strategischen Vorgaben hängen stark vom Einfluss der rotierenden Mitglieder ab, und wie die Erfahrung zeigt, sind es oft die nichtständigen Mitglieder, die die Debatte voranbringen.

Drittens: Da regionale Organisationen sehr unterschiedlich sind und nicht alle mit friedenserhaltenden, Friedenskonsolidierungs oder Vermittlungseinsätzen beauftragt oder dazu fähig sind, hat sich die Debatte gewissermaßen von einer umfassenden auf eine Ad-hoc-Ebene verlagert.

Bei allen Vorzügen einer pragmatischen Herangehensweise, stehen wir weiterhin vor der Herausforderung, wie die oft sehr unterschiedlichen Zwecke und Zielsetzungen regionaler Organisationen zu einer globalen, multilateralen Führungsperspektive zusammengefasst werden können. Der einzig mögliche Weg scheint mir die Gründung eines Forums der Vertrauensbildung zwischen den verschiedenen regionalen Organisationen und der UNO auf höchster Ebene. So zum Beispiel durch die Schaffung eines globalen Mechanismus für Fortbildungstransfer von Organisation zu Organisation oder von Fall zu Fall. Auch wenn jede einzelne regionale Organisation in einem ganz spezifischen Kontext tätig ist, sind sie doch alle mit ähnlichen Herausforderungen und Themenstellungen konfrontiert. Sie haben demnach alle Interesse am Austausch von Informationen, ihren jeweiligen Erfahrungen und bewährten Verfahren bei der Umsetzung ihrer Mandate.

Die OSZE hat bereits seit 1999 ihre eigene Plattform für Sicherheitskooperation, auf deren Grundlage sie sich als Koordinationsrahmen für Organisationen anbietet, die für die Sicherheit in ihrer Region arbeiten.

Der interregionale Demokratiedialog, der vom Internationalen Institut für Demokratie und Wahlhilfe in Stockholm, einer zwischenstaatlichen Organisation, der 25 Staaten aus der ganzen Welt angehören, veranstaltet wird, bietet eine weitere globale Plattform für den offenen Austausch zwischen regionalen Organisationen und ein Modell, das auf andere Bereiche wie Konfliktmanagement und Mediation ausgedehnt werden könnte.

Die UNO arbeitet bei ihren Mediationseinsätzen zunehmend mit regionalen Organisationen zusammen. Durch die Übernahme einer führenden Rolle bei der Aufnahme eines weltweiten interregionalen Mediationsdialogs zwischen UNO und regionalen Organisationen könnte sie die Bedeutung der Vermittlung in der friedlichen Beilegung von Streitfällen, Konfliktverhütung und -lösung weiter stärken. Dies würde hilfreich sein zu erkennen, welches Potenzial regionale Organisationen im Hinblick auf die Unterstützung der UNO im Umgang mit den komplexen Sicherheitsherausforderungen in der heutigen Welt haben.

Prof. Dr. Luk Van Langenhove ist Direktor des Instituts für vergleichende regionale Integrationsstudien der Universität der Vereinten Nationen (UNU-CRIS) in Brügge. Dieser Artikel gibt seine persönliche Ansicht wieder.

Mehr zum Thema:

Luk Van Langenhove et al, The UN and regional organizations for Peace: Tracking a Slippery Partnership, in: The United Nations and the Regions (Dordrecht: Springer, 2012).

Der vollständige Text von Kapitel VIII ist abrufbar unter: www.un.org/en/documents/charter/chapter8.shtml

Mediationsdialog: Kapitel VIII hat den Stein ins Rollen gebracht

Freunde

Die Gruppe der Freunde der Vermittlung wurde 2010 auf Initiative der Außenminister Finnlands und der Türkei in New York ins Leben gerufen. Sie spielte eine wichtige Rolle bei der Abfassung der „Leitlinien für wirksame Vermittlung“ des Generalsekretärs der Vereinten Nationen. Die Mitglieder dieser Freundesgruppe sind 34 Länder, die UNO und regionale Organisationen – die Afrikanische Union, die Liga der arabischen Staaten, ASEAN, EU, OSZE, die Organisation amerikanischer Staaten und die Organisation der islamischen Zusammenarbeit.

Resolutionen

Resolution 65/283 (2011) der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGA) unterstrich die Rolle der Vermittlung bei der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und die Bedeutung internationaler regionaler und subregionaler Partnerschaften; UNGA-Resolution 66/291 (2012) förderte die Inanspruchnahme der UN-Leitlinien für wirksame Vermittlung. Im Jahr 2014 soll von der Gruppe der Freunde der Vermittlung ein neuer Entwurf für eine UNGA-Resolution mit Schwerpunkt Mediation und regionale und subregionale Organisationen vorgelegt werden.

Konsultationen

Die hochrangige Klausur, zu der UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon im Januar 2010 Leiter regionaler Organisationen nach New York einlud, gab Anregung zu Treffen regionaler, subregionaler und anderer internationaler Organisationen zum Thema Vermittlung. Die OSZE hat sich seither an der Organisation von drei Treffen beteiligt – in Wien im Dezember 2010, in Dschidda im April 2012 und in Kairo im Februar 2014. Weiterführende Informationen finden Sie auf: www.osce.org/mediation.

OSCE Security Days

Am 27. Mai 2014 trafen über 300 Fachleute aus der Praxis mit Experten in Wien zu einem Security Day zusammen, um nach Wegen zu suchen, wie die OSZE ihre Kooperationsvereinbarungen mit der UNO und anderen regionalen Organisationen nach Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen, insbesondere in der Konfliktverhütung und lösung verbessern kann. Den Schlussbericht mit aus der Diskussion resultierenden Empfehlungen sowie Podcasts von OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier, dem finnischen Außenminister Erkki Tuomioja, dem ehemaligen Präsidenten der Republik Slowenien Danilo Türk und dem Geschäftsführenden Direktor des Centre for Humanitarian Dialogue David Harland finden Sie unter: www.osce.org/secdays/chapter8

Die OSZE in der Ukraine

Vermittlung und Verhandlung

Der Amtierende Vorsitzende der OSZE Didier Burkhalter, Bundespräsident und Außenminister der Schweiz, hat sich persönlich eingeschaltet, um eine Lösung für die Krise zu finden. Mit dem Ziel, die Spannungen abzubauen und die Vermittlung der OSZE anzubieten, reiste Generalsekretär Lamberto Zannier in mehrere Hauptstädte.

Die erfahrene Schweizer Diplomatin Heidi Tagliavini nimmt im Namen des OSZE-Vorsitzes an der Kontaktgruppe für Verhandlungen über ein Ende der Gewalt in der Ukraine teil, in der auch die Ukraine und die Russische Föderation vertreten sind.

Zum Fahrplan des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Umsetzung der Gemeinsamen Erklärung von Genf vom 17. April gehören auch Runde Tische zur nationalen Einheit unter Führung der ukrainischen Regierung. Bisher fanden drei Treffen am Runden Tisch in Kiew, Charkiw und Mykolajiw statt, bei denen Botschafter Wolfgang Ischinger aus Deutschland die OSZE vertrat.

Der Amtierende Vorsitzende bestellte den Schweizer Botschafter Tim Guldemann zum Persönlichen Sondergesandten für die Ukraine.

Delegationen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE kamen zu Gesprächen über einen Abbau der Spannungen zusammen.

Beobachtung

Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine wurde nach einem Konsensbeschluss der 57 Teilnehmerstaaten vom 21. März entsandt. Sie ist eine der größten Beobachtermissionen der OSZE.

Zehn Teams unbewaffneter Zivilisten beobachten die Lage in Kiew, Cherson, Odessa, Lemberg, Iwano-Frankiwsk, Charkiw, Donezk, Dnipropetrowsk, Czernowitz und Luhansk. Mit dem Ziel, die Spannungen abzubauen, nehmen sie Kontakte mit den Behörden, der Zivilgesellschaft, ethnischen und religiösen Gruppen und der örtlichen Bevölkerung auf. Sie sammeln Informationen zu bestimmten Vorfällen und berichten darüber. Täglich liefern sie aktuelle Updates, die auf der Website der OSZE gepostet werden.

Derzeit sind über 250 unbewaffnete zivile Beobachter aus mehr als 40 OSZE-Teilnehmerstaaten im Einsatz.

Wahlbeobachtung

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte entsandte mit 1000 Beobachtern das größte Wahlbeobachtungsteam seiner Geschichte zur ukrainischen Präsidentenwahl vom 25. Mai.

Am 20. März trafen einhundert Langzeitbeobachter ein, um die Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen zu beurteilen und Empfehlungen für eventuelle Verbesserungen abzugeben. Am Vortag der Wahl kamen 900 Kollegen für die Beobachtung der Auszählung und Berechnung der Wahlergebnisse dazu. Am 26. Mai, am Tag nach der Wahl, präsentierte das Team seine vorläufigen Ergebnisse und Schlussfolgerungen in Kiew.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE schickte





eine Mission zur Beobachtung der Präsidentenwahl. Ende März reisten die ersten Parlamentarier nach Kiew, wo sie mit dem amtierenden Präsidenten und anderen hohen Beamten zusammentrafen. Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung Ranko Krivokapic reiste sowohl nach Kiew als auch nach Moskau, um dort die bevorstehenden Wahlen und die Aussichten für interparlamentarische Diplomatie zu erörtern.

Militärische Verifikation

Vom 5. bis 20. März wurden auf Ersuchen der ukrainischen Behörden 56 unbewaffnete Militärexperten aus 30 Teilnehmerstaaten in die Süd- und Ostukraine entsandt. Der Besuch erfolgte im Einklang mit Kapitel III des Wiener Dokuments 2011 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, das die freiwillige Veranstaltung von Besuchen durch einen Teilnehmerstaat zur Beseitigung von Besorgnissen über ungewöhnliche militärische Aktivitäten vorsieht.

Seit dem 20. März befinden sich kleinere Inspektionsgruppen uniformierter Militärexperten aus den Teilnehmerstaaten, die für ihre Länder arbeiten, gemäß dem Wiener Dokument vor Ort in der Ukraine. Ferner haben – ebenfalls nach dem Wiener Dokument – Estland, Kanada, die Russische Föderation, die Ukraine und die Vereinigten Staaten Ersuchen um Konsultation und Zusammenarbeit in Bezug auf ungewöhnliche militärische Aktivitäten gestellt. Aufgrund dieser Ersuchen wurden am 7., 17. und 30. April 2014 drei gemeinsame Sitzungen des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates abgehalten.

Beurteilung der Menschenrechtslage

Vom 18. März bis 12. Mai wurde vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte

gemeinsam mit der Hohen Kommissarin für Menschenrechte eine Mission zur Beurteilung der Menschenrechtslage in der Ukraine durchgeführt. Am 12. Mai 2014 wurde der Bericht darüber veröffentlicht.

Die Hohe Kommissarin der OSZE für Menschenrechte Astrid Thors reiste Anfang März nach Kiew und Simferopol, um sich dort ein Bild von der Lage nationaler Minderheiten zu machen. Einen Monat später begab sie sich erneut in die Ukraine, über ihre Eindrücke berichtete sie online.

Die Beauftragte für Medienfreiheit Dunja Mijatović stattete der Ukraine mehrere Besuche ab und veröffentlichte Erklärungen und Berichte zur Medienfreiheit im Lande.

Ständige Präsenz

Beim Projektkoordinator in der Ukraine handelt es sich um eine ständige Feldpräsenz der OSZE, die in Kiew ihren Sitz hat. In Reaktion auf die Krise wurden mehrere Projekte aufgenommen.

Im Zuge des vier Wochen dauernden Projekts für einen landesweiten Dialog vom 20. März bis 30. April 2014 wurden Informationen über soziale, humanitäre und Minderheitenfragen in verschiedenen Regionen des Landes zusammengetragen. Fünfzehn internationale Experten führten Gespräche mit örtlichen Behörden und NGOs, beobachteten das öffentliche Geschehen und sammelten Informationen über besorgniserregende Fragen. Ihre Empfehlungen, wie die OSZE ihr Engagement zur Förderung des sozialen Zusammenhalts und Dialogs in der Ukraine fortsetzen könnte, wurden allen Teilnehmerstaaten am 30. April 2014 im Ständigen Rat präsentiert.

Entsendung von Beobachtern in die Ukraine im Eiltempo

vierundzwanzig Stunden vom Beschluss bis zur Durchführung

von Claus Neukirch

An einem Freitagabend – zufällig ein OSZE-Feiertag – beschlossen die 57 Teilnehmerstaaten bei einem Treffen in Wien, innerhalb von 24 Stunden ein Vorausteam für den Einsatz einer Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) zu entsenden, das aus vorerst 100 zivilen Beobachtern bestehen sollte. Mission impossible? Nicht für die OSZE.

Der Beschluss des Ständigen Rates fiel am 21. März. Schon am nächsten Morgen, es war Samstag, der 22. März, nahm ein Vorausteam in Kiew seine Arbeit auf. Nur drei Tage später waren die ersten Beobachtergruppen nach ihrer Einschulung in den Regionen außerhalb der ukrainischen Hauptstadt vor Ort.

Innerhalb einer Woche standen Beobachter in Cherson, Odessa, Lemberg, Iwano-Frankiwsk, Charkiw, Donezk, Dnipropetrowsk, Czernowitz, Luhansk und Kiew im Einsatz, also an allen im Beschluss des Ständigen Rates angeführten Standorten. Binnen eines Monats hatte die SMM ihr Plansoll von 100 entsandten Beobachtern erfüllt. Und das alles in einer Zeit, in der die OSZE offiziell noch ohne Haushalt für 2014 war.

Wie war das möglich?

Vorbereitung

Die OSZE war vom Konzept her und praktisch darauf eingestellt, rasch zu reagieren. Die Teilnehmerstaaten hatten im Dezember 2011 Weitsicht bewiesen, als die Außenminister beschlossen, die Fähigkeit der OSZE zu stärken, in allen Phasen eines potenziellen oder realen Konflikts tätig zu werden.

Ausgehend von diesem Beschluss befasste sich das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) in den vergangenen zwei Jahren gemeinsam mit anderen OSZE-Institutionen und –Feldoperationen intensiv mit der Entwicklung seines Frühwarnsystems, der Planung einer systematischen Mediationsunterstützung und – ganz

wichtig für die rasche Entsendung der SMM – der Erstellung einer internen Liste von in der Organisation verfügbaren Freiwilligen für den schnellen Einsatz, also eines virtuellen Ausrüstungspools und eines operativen Rahmens für Krisenreaktion. Diese beiden Instrumente waren einsatzbereit, als die Krise in der Ukraine ausbrach.

Diese Liste der Freiwilligen für einen schnellen Einsatz steht allen OSZE-Bediensteten offen, die bereit sind, sich in Krisenzeiten vorübergehend an einen neuen Dienort versetzen zu lassen. Die Idee, im Falle dringenden Bedarfs auf vorhandenes Personal zurückzugreifen, ist nicht neu. Neu ist allerdings, dass sich die Mitarbeiter der Personalabteilung anhand dieser Liste blitzschnell informieren können, welche Mitarbeiter mit welchen Kernkompetenzen, wie Sprachkenntnisse oder Felderfahrung, verfügbar sind.

Zweiunddreißig sogenannte First Responders aus dem Sekretariat und neun OSZE-Feldoperationen wurden aus dieser Liste ausgewählt und innerhalb von vier Tagen als Beobachter in die Ukraine entsandt, wo sie zentrale Stabs- und Verwaltungspositionen in der Zentrale der neuen Mission wahrnehmen sollten. Die ersten Beobachter, die über das normale Entsendungssystem rekrutiert wurden, trafen am 30. März in Kiew ein – also rund neun Tage nach der Beschlussfassung. Bis Ende April waren alle Beobachter der ersten Stunde durch sekundiertes Personal ersetzt worden, doch gibt es in der Verwaltung an Schlüsselpositionen nach wie vor einige First Responders.

Der virtuelle Ausrüstungspool wurde in der Erkenntnis eingerichtet, dass die OSZE es sich nicht leisten kann, teure Ausrüstung in großer Menge vorrätig zu halten. Stattdessen hält sie ein kleines Kontingent geringerwertiger Ausrüstungsgegenstände, wie Laptops und Satellitentelefone bereit, sowie eine Datenbank, aus der hervorgeht, wo die OSZE im Krisenfall wichtige

Ausrüstung wie gepanzerte und ungepanzerte Fahrzeuge mit Allradantrieb, Satellitentelefone und Splitterschutzwesten beschaffen kann. Mit Hilfe eines speziellen Vertragsmodells kann die OSZE diese entscheidende Ausrüstung ohne Verzug erwerben.

Gleichzeitig mit der Verlegung von Mitarbeitern aus Wien, Sarajewo, Priština und anderen Orten nach Kiew schickte die OSZE auch Fahrzeuge, Laptops, Computer und Satellitentelefone nach Kiew. Dank der im Voraus vereinbarten Verträge konnte das Sekretariat alle in Österreich vorrätigen Splitterschutzwesten aufkaufen, innerhalb von wenigen Tagen ein ganzes Sortiment neuer gepanzerter Fahrzeuge auf LKWs nach Kiew bringen lassen und weitere wichtige Ausrüstungsgegenstände ankaufen. Als die Mitarbeiter vor Ort eintrafen, fanden sie dort bereits die notwendige Ausrüstung vor.

Der operative Rahmen ist ein internes Dokument über die Prozesse und Verfahren, mittels derer die Organisation durch entsprechend abgestimmtes kollektives Handeln auf eine Krise oder einen Konflikt im OSZE-Raum reagiert. Darin werden die Lehren aus früheren Erfahrungen berücksichtigt, wie etwa aus der Entsendung zusätzlicher militärischer Beobachter nach dem Krieg in Georgien von 2008 oder aus dem Einsatz der Community Security Initiative im Anschluss an die blutigen Unruhen im südlichen Kirgisistan vom Juni 2010. Das Dokument war die Grundlage für die zügige Erstellung eines Umsetzungsplans sowie eines Budgets für den Einsatz der Sonderbeobachtermission.

Natürlich kam der Beschluss zur Entsendung einer Beobachtermission nicht völlig unerwartet, waren ihm doch mehrere Wochen intensiver politischer Verhandlungen vorausgegangen, in denen das KVZ und die anderen Abteilungen nicht untätig zusahen, sondern planten und vorbereiteten. Als schließlich am 21. März der endgültige Beschluss verabschiedet wurde, dauerte es nur wenige Minuten, bis die Stellen ausgeschrieben und die Schlüsseldokumente, wie der Einsatzplan für die Einrichtung der Mission, veröffentlicht waren, da die Entwürfe dafür bereits vorlagen. Auf Knopfdruck setzte sich die Maschinerie in Gang.

Flexibilität

Die OSZE konnte in der Anlaufphase der Beobachtermission in der Ukraine ein weitere ihrer Stärken ausspielen, nämlich ihre Flexibilität –

gepaart mit ihrer umfassenden Feldpräsenz. Dank ihrer sechzehn Feldoperationen verfügte die OSZE über die nötigen Ressourcen, um innerhalb weniger Tage Personal und Ausrüstung aufstellen zu können. Und da sie ein flexibles Verwaltungssystem besitzt, bedurfte es dazu keiner umständlichen Verfahren. Ganz entscheidend war, dass ein Weg gefunden wurde, um die Mittel für die Entsendung dieser Mission bereitzustellen – und das, obwohl es weder einen genehmigten Haushaltsplan noch eine vereinbarte Fazilität für Krisenreaktion gab, also keinen Topf, aus dem eine Reaktion auf unvorhergesehene und daher nicht im Budget veranschlagte Krisensituationen finanziert werden konnte.

Aus dem Fonds der OSZE für unvorhergesehene Ausgaben und aus Liquiditätseinsparungen der Vorjahre konnten die Einrichtung der neuen Operation sowie die laufenden Kosten für den ersten Monat finanziert werden. Freiwillig Beiträge der Teilnehmerstaaten stellen sicher, dass die Mission die kommenden Monate weiter arbeiten kann.

Motivation

Dass die Sonderbeobachtermission so zügig in Einsatz gehen konnte, ist in erster Linie der Motivation des OSZE-Personals zu verdanken. Das gesamte Sekretariat arbeitete wochenlang mit höchstem Einsatz an der Planung und Vorbereitung einer Operation, von der niemand genau sagen konnte, ob sie tatsächlich stattfinden würde. OSZE-Bedienstete und Missionsmitglieder aus der gesamten Organisation meldeten sich innerhalb weniger Tage, ja sogar Stunden, freiwillig für den Einsatz in der Ukraine – mit Zustimmung ihrer Vorgesetzten, die ihnen sogar noch Autos und andere Ausrüstung mit auf dem Weg gaben. Schon ab dem ersten Freitagabend arbeiteten alle wie selbstverständlich auch an den Abenden und Wochenenden und bewiesen damit, dass das wichtigste Kapitel der OSZE ihre Mitarbeiter sind.

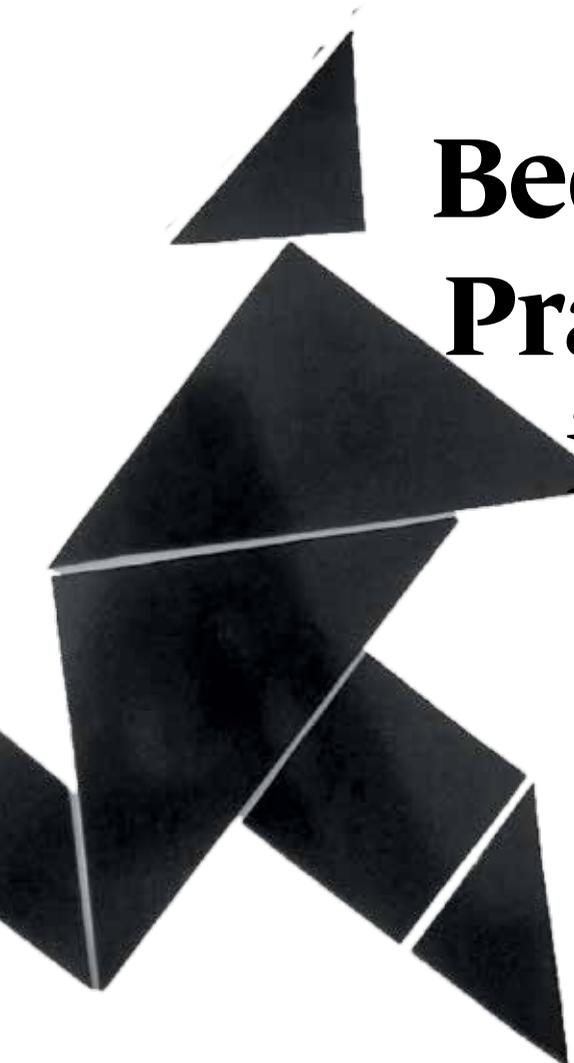
Claus Neukirch ist Stellvertretender Direktor für die Unterstützung von Einsätzen im Konfliktverhütungszentrum im OSZE-Sekretariat in Wien.

Mehr zum Thema:

Der Beschluss des Ständigen Rates Nr. 1117 „Entsendung einer Sonderbeobachtermission der OSZE in die Ukraine“ (Wien, 21. März 2014) ist wie alle OSZE-Beschlüsse ein Konsensbeschluss und hat daher die ausdrückliche Unterstützung aller 57 Teilnehmerstaaten. Der volle Wortlaut des Beschlusses ist unter folgendem Link zu finden: www.osce.org/pc/116747

Beschluss des Ministerrats Nr. 3/11 „Elemente des Konfliktzyklus im Zusammenhang mit der Verstärkung der Fähigkeit der OSZE in den Bereichen Frühwarnung, frühzeitiges Handeln, Dialogerleichterung und Mediationsunterstützung sowie Konfliktnachsorge“ (Wilna, 7. Dezember 2011): www.osce.org/mc/86621

Tägliche Meldungen der Sonderbeobachtermission finden sich unter: www.osce.org/ukraine-smm



Beobachtung der Präsidentenwahl in der Ukraine

von Tana de Zulueta

In einer Zeit der großen Umbrüche aber auch der Hoffnung für die Ukraine eröffnete unser 24köpfiges Kernteam am 20. März sein Büro in Kiew. An der raschen Zusage des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (BDIMR) auf die offizielle Einladung zur Beobachtung der vorgezogenen Präsidentenwahl am 25. Mai 2014 sind das Engagement und die Unterstützung für den Demokratisierungsprozess in der Ukraine abzulesen.

Gemeinsam mit insgesamt 100 Langzeitbeobachtern, die ab 29. März im ganzen Land einsatzbereit waren, nahm ich an der größten Wahlbeobachtungsmission in der Geschichte der Organisation teil. Am Wahltag selbst berichteten über 1 200 BDIMR-Beobachter sowie Parlamentarier von Partnerorganisationen aus 49 Ländern aus der ganzen Ukraine.

Wir befanden uns bereits lange genug im Land, um die Wahlvorbereitungen von Anfang an verfolgen zu können. Unsere Beobachter waren in allen Regionen mit Ausnahme der Autonomen Republik Krim und Sewastopol, wo nicht gewählt wurde, vertreten. Während unseres Aufenthalts nahmen die Wirren in den östlichen Regionen Donezk und Lugansk zu, wo Anfang April die ersten Verwaltungsgebäude von bewaffneten Gruppen besetzt wurden. Die Proteste und sporadische Zusammenstöße griffen auf die Nachbarregionen über und fanden am 2. Mai in Odessa ihren Höhepunkt in dramatischen Ereignissen, bei denen 46 Personen ums Leben kamen. Der am 14. April begonnene Einsatz zur Niederschlagung des Aufstands war bei unserer Abreise am 7. Juni noch im Gange.

Trotz dieser enormen Herausforderungen ließen die Wahlbehörden in ihren Anstrengungen, die Wahl im ganzen Land durchzuführen, nicht nach. Abgesehen von zwei Regionen gingen die Wahlvorbereitungen überall ohne Einmischung von außen vor sich.

Unseren Beobachtungen zufolge hatten ungefähr vier Millionen Wähler in den Unruheregionen Donezk und Lugansk infolge der heftigen Auseinandersetzungen keine Möglichkeit zur Wahl zu gehen. Was mir von dieser Wahl besonders im Gedächtnis bleiben wird, sind die laufenden Berichte unserer Langzeitbeobachter in diesen beiden Regionen, in denen sie beschreiben, wie einige Mitglieder der Wahlkommission versuchten, den Wahlprozess selbst dann noch fortzuführen, als die Gewalt zunahm und sie selbst zur Zielscheibe direkter Bedrohungen und Einschüchterungsversuche wurden.

Wir sahen, dass die Motivation groß war. Bei allen Unterschieden waren sich mit einer einzigen Ausnahme alle Kandidaten und unterstützenden Parteiführer, mit denen wir redeten, darin einig, dass die Wahl ein

„Viele Menschen sagten uns, wie wichtig unsere Anwesenheit in dieser kritischen Zeit war.“

notwendiger Schritt auf dem Weg zur Stabilisierung des Landes sei. Diesen Standpunkt vertraten auch Regierungsmitglieder, NGO-Vertreter und Medienkommentatoren, mit denen wir sprachen. Viele Menschen sagten uns, wie wichtig unsere Anwesenheit in dieser kritischen Zeit war.

Gemeinsam mit unseren Partnern von der Parlamentarischen Versammlung der OSZE konnten wir eine positive Beurteilung der Wahl abgeben und erklären, dass sie weitgehend im Einklang mit internationalen Verpflichtungen und Grundfreiheiten stand.

Die Gewalt im Osten des Landes war nicht die einzige Herausforderung. Die Wahlvorbereitungen mussten in außerordentlich kurzer Zeit und vor einem unsicheren wirtschaftlichen und politischen Hintergrund durchgeführt werden. Umso bemerkenswerter, dass sowohl die Wahlbehörden als auch die Übergangsregierung der Ukraine einige positive Präzedenzfälle setzten, die hoffentlich Teil der innerstaatlichen Gepflogenheiten und der Erwartungen der Bürger werden.

Wir sprachen den Mitgliedern der Zentralen Wahlkommission unsere Anerkennung für ihre an den Tag

gelegte Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Effizienz aus. Ihre Entscheidungsfindung war kollegial und offen, und das sollte so bleiben. Es wurde kein Missbrauch staatlicher Mittel durch die Präsidentschaftskandidaten oder ihre Unterstützer gemeldet. Auch dazu hatte eine Regierungsanordnung alle Regionalgouverneure angewiesen, sich der offenen oder verdeckten Unterstützung von Kandidaten zu enthalten, was als politisches Bekenntnis zu werten ist und auch in Zukunft ein Grundprinzip bleiben sollte.

Eine weitere begrüßenswerte Initiative in der Zeit unserer Beobachtung war die Verabschiedung eines seit Langem in Aussicht gestellten Gesetzes zur Umwandlung der staatlichen Fernsehgesellschaft in eine öffentlich-rechtliche Anstalt, wie das vom BDIMR empfohlen worden war. Das Gesetz muss nun umgesetzt werden. Es soll eine objektive Berichterstattung sicherstellen, die in einer Medienlandschaft, in der kommerzielle Interessen nach wie vor eine vorherrschende Rolle spielen, besonders wichtig ist. Was die gefährliche Arbeit aller Journalisten im Osten des Landes anbelangt, von denen ich einige bei meinem Besuch in Donezk im April kennenlernen konnte, ist es absolut inakzeptabel, dass Medien und Journalisten weiterhin Bedrohungen und Schikanen ausgesetzt sind.

Der Wahltag war der Höhepunkt einer langen und in vieler Hinsicht außergewöhnlichen Mission. Es gab technische Schwierigkeiten und an manchen Orten lange Warteschlangen, aber die Beurteilung unserer Beobachter fiel insgesamt positiv aus.

Das Wetter – zunächst pralle Sonne, dann Sturm – schien die Wähler nicht abzuhalten. Die Hauptsache war, dass das Ergebnis von keinem Wähler angefochten wurde.

Für viele Wahlhelfer war es ein sehr langer Tag und eine lange Nacht. Besonderer Dank für diese erfolgreiche Wahl gebührt den nationalen Mitarbeitern, von denen 71 Prozent Frauen waren. In einem politischen System, das nach wie vor weitgehend von Männern dominiert ist, waren es die Frauen, die an diesem entscheidenden Tag die Hauptlast der Arbeit trugen.

Tana de Zulueta war Leiterin der Wahlbeobachtungsmision des BDIMR bei der vorgezogenen Präsidentenwahl in der Ukraine am 25. Mai 2014.

QUILT

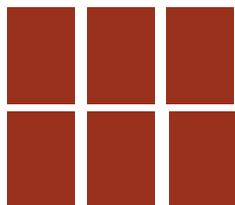


Quilt: so heißt die elektronische Leinwand, die "Sicherheitsgemeinschaft" für Euch geschaffen hat. Welches sind die Sicherheitsfragen, die Euch beschäftigen? Lasst Euch inspirieren!

Was meinst Du?

Schicke Deinen Beitrag, ob Brief, Foto, Video oder Tonaufnahme an quilt@osce.org.

Teilnahmeberechtigt sind junge Menschen aus allen OSZE Teilnehmerstaaten und Partnerstaaten.



Be part
of it

Wie nimmt man teil, wie funktioniert es?

Schritt 1 GESTALTEN

ein Foto
eine Tonaufnahme
ein Video (Dauer max. eine Minute)
einen Text (höchstens 250 Wörter)

Schritt 2 HOCHLADEN

Adresse: quilt@osce.org

Schritt 3 SUCHEN

Ihr findet QUILT unter osce.org/magazine.

Schritt 4 Wenn es nicht klappt, VERSUCHT ES NOCH EINMAL.

Junge Ukrainer/innen aus Kiew, Ternopil, Luhansk und Tschernihiw beschreiben ihre Hoffnung auf eine sichere Welt in Worten und Bildern. >>>>>

Hallo Freunde! Ich bin Ukrainer. Ich heiße Jaroslaw und bin zehn Jahre alt. Ich wünsche mir Frieden auf unserem Planeten. Ich möchte, dass alle Menschen miteinander reden und Freunde sein können. Ich bin gegen Krieg! Danke, dass ihr meinen Brief lest.

Jaroslaw Trostjanskii

Ich schreibe euch, damit ihr wisst, dass ich Anja Kutscherenko heiße. Ich lebe in Kiew und bin 12 Jahre alt. Meine Mutter ist Russin. Deshalb spreche ich sowohl Ukrainisch als auch Russisch. Ich lese und schreibe gerne und spiele gern Theater. Viele Leute meinen, dass die Menschen in der Ukraine nur eine Sprache, nur Ukrainisch sprechen. Das stimmt nicht. Ich mag beide Sprachen, Russisch und Ukrainisch. „Make love, not war“ © John Lennon

Anja Kutscherenko

Ich heiße Sophia. Ich bin aus der Ukraine. Das ist mein Heimatland. Ich bin hier geboren und habe immer hier gelebt. Wir sind stolz auf unsere große Geschichte und unsere Traditionen. Die Ukraine ist bekannt für ihre Nationalgerichte, wie Wareniki und Borschtsch. Es gibt viele Sehenswürdigkeiten, schöne Gebäude und liebevolle Landschaften. Eines Tages möchte ich in einem ruhigen und glücklichen Kiew aufwachen, in dem die Leute nicht vom Krieg sprechen, wo ich vielleicht weiß, was am nächsten Tag passieren wird. Wir wollen nicht mit Russland im Krieg sein, denn ich habe zum Beispiel Freunde in diesem echt großen Land und meine, dass Russland unser Freund ist, und nicht unser Feind. Bei uns sprechen viele Russisch. Wir heißen auch die Touristen willkommen und sind sehr gastfreundlich. Eigentlich wollen wir nur das Eine: Frieden in der ganzen Welt!

Hochachtungsvoll

Sofia Jerschowa

Die Ukrainer möchten Schluss machen mit dem Geldkult und der Korruption, sie wollen in einem demokratischen und zivilisierten Land leben. Und sie haben ihr Ziel schon fast erreicht. Und dann möchte ich noch sagen, dass ich noch niemals so stolz darauf war, Ukrainerin zu sein. Endlich haben die Menschen begriffen, dass sie nur gemeinsam etwas verändern können. Ich liebe die Ukraine wegen ihrer Sprache, ihren bemerkenswerten Menschen, ihrer Kultur, ihrer Roschen-Schokolade und ihrer Babuschkas, die alles wissen.

Malanka

Ich schreibe Euch wegen der Lage in der Ukraine. Als geborene Ukrainerin kann mir nicht egal sein, was heutzutage passiert. Es ist mein größter Wunsch, in einem unabhängigen und demokratischen Land zu leben. Vielleicht habt ihr schon begriffen, dass die Menschen bei uns entschlossen sind, mit allen Kräften das Land zu verändern. Ich sehe die Ukraine eigentlich als ein blühendes und erfolgreiches Land, und wir können sie dazu machen!

Hochachtungsvoll

Natalia Solowyowa

Wir sprechen zwei Sprachen, Ukrainisch und Russisch. Aber das stört unsere Verständigung nicht. Im Gegenteil, so viele Sprachen jemand spricht, so viele Menschen ist er. Wir können verschiedene Religionen haben, aber das hindert uns nicht daran, Freunde zu sein und in Frieden und Harmonie zu leben. Viele andere Nationen haben hier auf unserer ukrainischen Erde ihr sicheres Zuhause gefunden.

Maria Tutschkowa

Wenn man weiß, dass es dunkel wird, bekommt man Angst. Ich habe Angst, meine Eltern, meine Verwandten und Freunde zu verlieren. Wenn ich die Augen zumache, sehe ich alle die Menschen, die in den jüngsten Ereignissen ums Leben gekommen sind, und spüre, wie mir die Tränen herunterrinnen. Warum müssen die Menschen einen Krieg anfangen, um Probleme zu lösen, die man auch friedlich lösen kann? Für mich war die Ukraine immer „mit Kirschblüten bedeckt“, wie der berühmte ukrainische Dichter Wolodymyr Sosjura einst schrieb. Ich möchte, dass es so bleibt.

Jedes Land ist schön, aber wir wollen in der Ukraine leben. Die Ukraine ist unsere Heimat. Die Natur ist wunderschön, es gibt das Meer, Berge, Seen, Flüsse, Wälder und Felder. In unserem Land leben Menschen unterschiedlicher Nationalitäten. Mein Onkel zum Beispiel kommt aus Russland, aber er hat Ukrainisch gelernt und lebt hier; er liebt dieses Land. Wir wollen nur in Frieden leben, unter dem blauen, wolkenlosen Himmel, und glücklich sein. Wir lieben unser Land und wollen es nicht verlieren.

Bogdana Goz

Alle meine Gleichaltrigen haben von ihren Großeltern Erzählungen vom Krieg gehört. Wir wissen, dass nur Hunger schlimmer ist als Krieg. Wir wissen eigentlich nicht genau, was Krieg wirklich heißt, und wir wollen es auch nicht wissen. Diese Erfahrung wollen wir nicht machen.

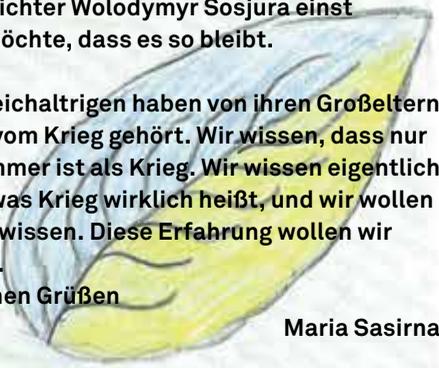
Mit freundlichen Grüßen

Maria Sasirna

10

2

Handwritten text: "Я люблю Україну" and "I love Ukraine"



Ihr Erwachsenen denkt oft, dass ein Kind nichts mitbekommt, wenn es Probleme gibt. Deshalb wollt ihr uns immer beiseiteschieben und nicht mit uns darüber reden.

Es stimmt – ich verstehe nicht viel von Politik. Ich habe nicht die gesamte Geschichte der Ukraine studiert. Aber eines weiß ich – meine Freunde, die in Lugansk und Donezk leben, sind auch Bürger der Ukraine. Ich weiß, dass wir Ukrainer sind und ein Recht auf Frieden haben, egal, welche Sprache wir sprechen.

Maria Katschurowska

Ich liebe mein gemütliches Zuhause. Ich liebe meine grüne Straße. Ich liebe meine schöne, saubere Stadt. Das ist mein Heimatland. Weshalb fliegen Flugzeuge so bedrohlich über unseren Köpfen? Warum sind die Erwachsenen so traurig und sorgenvoll? Warum weinen die Kinder?

Jetzt weiß ich, was Krieg ist. Das ist nicht der Gruselfilm, den ich mit meiner Familie angesehen habe. Krieg ist, wenn die Läden leer sind. Wenn die Eltern nicht mehr darum streiten, in welche Stadt auf der Krim wir Urlaub machen wollen. Wenn die Großmutter des Mädchens, das in der Nachbarschaft lebt, auf dem Balkon getötet wurde. Wenn die Verwandten im Dorf einen Bunker gebaut haben, um sich in Sicherheit zu bringen, wenn Bomben fallen.

Erwachsene, ich weiß, was ihr tun müsst: mit dem erhobenen Finger sagen: „Kündige niemals eine Freundschaft auf, denn wenn du es tust, wirst du krank und dann ist es aus mit dir!“

Milena Rosmisslowa

Mein Freund hat einmal zu mir gesagt „Wir sind unsere Zukunft“ und erst jetzt habe ich begriffen, wie wahr diese Worte sind! Und es macht mich glücklich zu wissen, dass meine Generation Einfluss auf die Entwicklung meines Landes, meines Vaterlandes, nehmen kann. Wir sind talentiert, kreativ, klug und haben nichts zu verlieren. Ich weiß, dass wir gemeinsam stark sind.

Ich möchte meine Studienzeit mit meinen Freunden erleben. Ich möchte in meinem Beruf gut sein und dafür arbeiten, dass es der Ukraine gut geht, und deshalb sollten wir diesen Grausamkeiten ein Ende machen und an unsere Zukunft denken. Wollen wir in einem Land der Lügen und Grausamkeiten leben?

Mit freundlichen Grüßen

Oxana Mikolenko

Wenn ich die Ukraine beschreiben soll, dann erzähle ich meistens von dem Ort, wo ich lebe. Ich erzähle von dem See in der Nähe unseres Hauses, von dem Weg, der in den alten Wald führt, wo auf schönen grünen Lichtungen viele prächtige Blumen blühen. Ich erzähle dann von den Menschen, die lächeln, wenn ich ihnen begegne, und über die Nachtigall, die in der Dämmerung singt. Aber für die Ukrainer ist die Heimat nicht nur dort, wo sie leben, sondern sie tragen die Heimat in ihrer Seele. Für mich und meine Landsleute ist unsere Liebe zur Heimat unser höchstes Gut. Man wird kaum ein anderes Volk in der Welt finden, das so nachdrücklich für seine Rechte eintritt oder die Demokratie und Entscheidungsfreiheit so hoch achtet. In aller Welt sind die Ukrainer für ihr unabhängiges Denken bekannt, doch zugleich sind sie begierig darauf, zu erfahren, was die anderen denken. Eines der bekanntesten Charaktermerkmale der Ukrainer ist ihre Gastfreundschaft und die große Achtung, die sie allen anderen Nationen entgegenbringen. Die Ukraine wurde auch vielen anderen Völkern zur Heimat: Polen und Ungarn, Russen und Tataren, die immer gut miteinander und insbesondere mit den Ukrainern auskamen.

Ich heiße mit zweitem Namen Yaslunin und den gibt es nur im Russischen. Ich spreche fließend Russisch. Aber einige meiner Vorfahren kamen auch aus Polen. Und niemand macht mir einen Vorwurf daraus, dass ich fremde Wurzeln habe oder Russisch spreche. Trotzdem fühle ich mich als Ukrainer und bin stolz auf meinen Namen. So sehe ich die Ukraine. Ich liebe mein Land. Ich liebe meine Nation. Ich möchte nicht, dass sich die Dinge, die ich beschrieben habe, ändern. Ich möchte, dass die Ukraine in der ganzen Welt als ein prosperierendes, freundliches Land in Europa gilt. Die Ukrainer wollen Frieden und Entwicklung für ihr Land. Wir wollen mit der ganzen Welt gut Freund sein. Und ich bin sicher, dass unser Traum wahr wird.

Hochachtungsvoll

Alexander Jaslunin





Лев, 5 років, ТМЦ „АРТСВІТ“, Чернігів



politica



Wie die Dubliner
Erklärung Wirklichkeit
werden könnte

Politisch exponierte Personen



Politisch exponierte Personen von Christian Nils Larson

Empfehlungen der Financial Action Task Force

2012 verabschiedeten die Finanzminister der Arbeitsgruppe „Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung“ (FATF), der 22 Teilnehmerstaaten und drei Partnerländer der OSZE angehören, überarbeitete Standards zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, die gemeinhin als FATF-Empfehlungen bezeichnet werden.

Ausgehend von den ursprünglichen Standards von 1990 fordern die FATF-Empfehlungen nicht nur die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften in technischer Hinsicht, sondern auch den wirksamen Einsatz des Instrumentariums zur Bekämpfung der Geldwäsche in der Praxis.

Über die regionalen Organisationen, die sich der FATF angeschlossen haben, wie MONEYVAL vom Europarat und die Eurasische Gruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, haben sich mittlerweile alle OSZE-Teilnehmerstaaten zur Einhaltung der überarbeiteten Standards verpflichtet.

Zwei Jahre, nachdem die überarbeiteten Standards der Arbeitsgruppe für die Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, die FATF-Empfehlungen, herauskamen, gibt es Länder, die die hohen Standards in technischer Hinsicht zwar durchaus einhalten, bei der praktischen Umsetzung jedoch noch Nachholbedarf haben. Andere Länder hingegen haben in beiden Bereichen noch viel zu tun. Dabei erweist sich die FATF-Empfehlung Nr. 12 betreffend die Prüfung der Finanzen politisch exponierter Personen (PEPs) als besondere Herausforderung.

PEPs sind Personen, die wichtige öffentliche Funktionen bekleiden, unter ihnen etwa, wenn auch nicht ausschließlich, Staats- und Regierungschefs und andere hochrangige Politiker. Staatliche Amtsträger sind meist wenig erfreut, wenn ihre Finanzen kritisch durchleuchtet werden, doch ist klar, welches öffentliche Interesse dahinter steht: In vielen Ländern, die in jüngster Zeit Unruhen und Gewalt erlebten, wie Ägypten, Tunesien und die Ukraine, stellte Korruption der politischen Eliten in großem Stil einen wichtigen destabilisierenden Faktor dar.

In der Dubliner Erklärung der OSZE über gute Regierungsführung heißt es unmissverständlich, dass sich finanzielle Straftaten negativ auf den sozialen Zusammenhalt, die Stabilität und die Sicherheit auswirken. Die Dubliner Erklärung ist sich „der Notwendigkeit bewusst, die Umsetzung unserer internationalen und nationalen Verpflichtungen in Bezug auf die Korruptionsbekämpfung zu verbessern“ und unterstreicht, „dass es von größter Bedeutung ist, den Transfer von Erträgen aus Straftaten [...] wirksam zu verhindern“.

Wären die Erträge der Korruption in Ägypten und Tunesien nämlich in dem Land geblieben, dem sie gestohlen wurden, wären sie zumindest wieder in die Volkswirtschaft investiert worden. Stattdessen flossen aus diesen Ländern ungeheure Summen in die internationalen Finanzzentren, von denen sich viele in OSZE-Teilnehmerstaaten befinden.

Laut dem Zentrum der Weltbank zur Ausforschung von Korruptionsfällen sind in Kanada, Spanien, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich Verfahren zur Wiedererlangung von Vermögenswerten anhängig, die aus dem Dunstkreis der ehemaligen Präsidenten von Ägypten und Tunesien, Hosni Mubarak und Zine El Abidine Ben Ali, stammen. Medienberichten und offiziellen Erklärungen zufolge haben diese OSZE-Teilnehmerstaaten Hunderte Millionen US-Dollar eingefroren, von denen angenommen wird, dass sie in direktem Zusammenhang mit der ehemaligen herrschenden Klasse Ägyptens und Tunesiens stehen.

Das Phänomen, dass mächtige Politiker Korruptionserträge in Finanzzentren verschieben, ist nicht neu. Weltweit

appellieren die Finanzmarktaufsichtsbehörden schon seit Langem an die Banken, die Konten ausländischer PEPs und deren engster Angehörigen zu durchleuchten, um Hinweisen auf Finanzkriminalität nachzugehen.

Neu an den überarbeiteten FATF-Standards ist die Forderung, dass die Länder die ihrer Aufsicht unterstehenden Banken anhalten müssen, die Finanztransaktionen ihrer eigenen PEPs im Inland unter die Lupe zu nehmen. Das ist zweifellos ein Schritt in die richtige Richtung, der verhindern soll, dass Korruptionserträge im Ausland gewaschen werden – doch stehen der Umsetzung einige Hindernisse im Weg.

Eine Schlüsselfrage lautet, in welchem Ausmaß die Finanztransaktionen einer bestimmten PEP kontrolliert werden sollen. Es gibt zwar PEPs, die korrupt sind, doch viele sind es nicht. Daher sind die Erfordernisse des Datenschutzes in finanziellen Belangen gegen die Sicherheitsrisiken einer unkontrollierten Korruption abzuwägen. Datenschutzbedenken sind legitim, doch sind sowohl die wirtschaftlichen als auch die Sicherheitskosten, die den Ländern und ihren Bürgern aus der Korruption erwachsen, enorm. Viele Länder haben hier einen Mittelweg gefunden, indem sie von politisch exponierten Personen die Offenlegung ihrer Vermögens- und Einkommensverhältnisse verlangen. In einem gut funktionierenden System können Banken und Strafverfolgungsbehörden diese Angaben dazu heranziehen, um Finanztransaktionen auf Aktivitäten zu prüfen, die nicht mit dem offengelegten Finanzprofil einer PEP übereinstimmen.

Eine der Herausforderungen für die Wirksamkeit eines Systems liegt darin, dass in manchen Ländern dieselben Personen, die als Amtsträger besonders genau zu überprüfen sind, auch für die Anwendung der strengeren Aufsicht zuständig sind. Zahlreiche Beispiele haben gezeigt, dass Personen, die für die Durchsetzungsmechanismen der Regeln, die auch für sie zu gelten haben, verantwortlich sind, sich oft selbst nicht daran halten und das – solange sie an der Macht sind – auch ungestraft tun können.

Schon allein die Definition dessen, was eine Person zu einer politisch exponierten Person macht, kann schwierig sein. Einige Länder definieren eine PEP als „einen hochrangigen Amtsträger samt Ehegatten, Eltern und Kindern“. Wer nach dieser Definition als PEP gilt, kann problemlos Korruptionserträge weiß waschen, so er das möchte, indem er einfach die Gelder auf das Konto eines Rechtsanwalts, Geschäftspartners oder irgendeiner Person, die nicht unter diese Definition fällt, transferiert. Banken und Strafverfolgungsbehörden, die Definitionen buchstabengetreu auslegen und offensichtliche und bekannte Verbindungen einer PEP zu Geschäftspartnern

und anderen ihr nahestehenden Personen nicht zur Kenntnis nehmen, machen es diesen allzu leicht, ihr Land zu bestehlen und dieses Vermögen ins Ausland zu verschieben.

Ebenso leisten Banken den Menschen des Landes, aus dem eine PEP kommt, einen schlechten Dienst, wenn sie blind darauf vertrauen, dass sich Kunden, die ein Konto eröffnen, als PEP zu erkennen geben würden, wenn sie eine solche sind. Gelegenheit macht Diebe, und so sollte man sich nicht wundern, dass manche PEPs, die eine Kontrolle scheuen, sich nicht als PEP zu erkennen geben, und manche Banken diese Erklärungen akzeptieren, ohne nachzufragen.

Wenn Länder sich nicht nur an den Buchstaben sondern auch an den Geist der überarbeiteten FATF-Standards für die Bekämpfung von Geldwäsche halten wollen, müssen sie sich von diesen leicht zu umgehenden, strikt regelbasierten Methoden verabschieden. Stattdessen müssen sie ihren Finanzinstituten vorschreiben und diese dazu ermächtigen, anhand eigener risikobasierter Bewertungen selbst zu entscheiden, ob und in welchem Ausmaß sie die Finanzen einer bestimmten Person genau prüfen. Wenn sie den Umfang ihrer Kontrollaktivitäten anhand aller über eine PEP verfügbaren Informationen auf dem jeweils letzten Stand, einschließlich von Informationen der Strafverfolgungsbehörden, festlegen, können Finanzinstitute auch allgemeinere und weniger leicht berechenbare Definitionen für PEPs heranziehen und folglich verdächtige Aktivitäten besser erkennen.

Um wirklich durchschlagskräftig zu sein, brauchen die Banken die Unterstützung der Regierungen. Weltweit sind PEP-Verzeichnisse im Handel erhältlich, doch haben die Unternehmen, die sie erstellen, meist nur Zugriff auf öffentlich zugängliche Informationen. Jedes Land kennt die Namen der wichtigsten Amtsträger seines Landes sowie ihrer Familienangehörigen und ihnen nahestehender Personen und könnte Banken und Strafverfolgungsbehörden durch die Veröffentlichung dieser Informationen unterstützen.

Aber auch die Zivilgesellschaft und der einzelne Bürger können ihren Teil dazu beitragen. Häufig sind in den englischen PEP-Verzeichnissen Informationen aus öffentlich zugänglichen Berichten in anderen Sprachen nicht enthalten. Mit der Eingabe wichtiger öffentlicher Informationen in eine englische Wiki-Seite könnten Journalisten ebenso wie jeder einfache Bürger sowohl den Erstellern als auch den Nutzern kommerziell verfügbarer PEP-Listen einen Dienst erweisen.

Das Sekretariat und die Feldoperationen der OSZE stellen den Teilnehmerstaaten eine Reihe von Instrumenten zur Verfügung. Auf technischer Ebene helfen wir bei der

Ausbildungsplanung, der Herstellung von Leitfäden und dem Betrieb von Expertennetzwerken. Auf politischer Ebene bieten wir eine Plattform für den Austausch nachahmenswerter Verfahren und die Feststellung von Defiziten im Bereich der politischen Willensbildung an.

Inwieweit die OSZE-Teilnehmerstaaten östlich und westlich von Wien Gebrauch von den Instrumenten der OSZE machen, ist allerdings kaum Gegenstand von Erörterungen. Was wir tun können, richtet sich sicherlich danach, was wir bereit sind zu tun – und so möchte ich meine Ausführungen mit einem Denkanstoß beschließen. Es sollte eine auf Freiwilligkeit basierende Initiative für diejenigen Länder ins Leben gerufen werden, die bereit sind, die finanziellen Transaktionen von Ministern, Staatschefs und deren Angehörigen gegenseitig auf Diskrepanzen zu deren offiziellen Vermögens- und Einkommenserklärungen zu untersuchen. Eine einzelne Bank, ein einzelnes Land kann sich ein nur unvollständiges Bild von den finanziellen Aktivitäten einer politisch exponierten Person machen, doch die gemeinsame Kontrolle mehrerer Länder kann ein wesentlich umfassenderes und korrekteres Bild ergeben.

Ein international abgestimmtes Vorgehen zur Kontrolle der PEPs auf höchster Ebene wird Vertrauen zwischen allen schaffen, die sich dazu entschließen, sich an eine gemeinsame Richtschnur für die Offenlegung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse zu halten. Wird dieses System wirksam umgesetzt, bedeutet das die Verwirklichung des mit der Dubliner Erklärung angestrebten Zieles: Geld, von dem anzunehmen ist, gestohlen und ins Ausland transferiert worden zu sein, bleibt stattdessen im Land der politisch exponierten Person, produziert dort öffentliche Güter und stärkt die Sicherheit.

Christian Larson ist Wirtschaftsreferent im Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten im OSZE-Sekretariat in Wien.

Mehr zum Thema:

Zur Erklärung von Dublin: „Gute Regierungsführung im Visier der Öffentlichkeit“ in Security Community 1/2013. Die Erklärung von Dublin kann unter www.osce.org/cio/97968 herunter geladen werden.



Der Vergleichs- und Schiedsgerichtshof der OSZE hat sich 1995 konstituiert, nachdem zwölf Teilnehmerstaaten das 1992 vom Ministerrat verabschiedete Übereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren in der OSZE (Übereinkommen von Stockholm) ratifiziert hatten. Inzwischen haben dreiunddreißig Teilnehmerstaaten das Übereinkommen ratifiziert. Im September 2013 wurde ein neues Präsidium des Gerichtshofs für eine Amtszeit von sechs Jahren gewählt.

Der Vergleichs- und Schiedsgerichtshof der OSZE in Genf dürfte wohl die am wenigsten bekannte Institution der OSZE sein. Seit seiner Errichtung vor neunzehn Jahren wurde noch nie von ihm Gebrauch gemacht. Warum hat der Gerichtshof bis dato nur ein Schattendasein geführt? Möglicherweise deshalb, weil selbst die Welt der Diplomatie kaum über seine zahlreichen Vorzüge Bescheid weiß.

Im Gegensatz zu den anderen OSZE-Mechanismen verfügt der Gerichtshof über eine echte rechtliche Grundlage. Er ist jedoch nicht nur ein Rechtsprechungsorgan, da er unter einem Dach sowohl einen Vergleichs- als auch einen Schiedsmechanismus vereint. Beide Mechanismen können von allen Vertragsstaaten angerufen werden, die dem Stockholmer Übereinkommen beigetreten sind, nicht jedoch von privaten Parteien und auch nicht von der OSZE selbst.

Der Gerichtshof kann mit jedem völkerrechtlichen Streitfall befasst werden; das Übereinkommen sieht diesbezüglich keinerlei sachliche Einschränkung vor. Die Zuständigkeit des Gerichtshofs erstreckt sich auch nicht ausschließlich auf Angelegenheiten, die Gegenstand früherer Vereinbarungen oder Übereinkünfte der OSZE sind.

Ein Vergleichsverfahren zeichnet sich durch Flexibilität aus. Es kann von einem Vertragsstaat entweder einseitig oder im gegenseitigen Einvernehmen der Parteien eingeleitet werden; auch Streitfälle, an denen andere Teilnehmerstaaten beteiligt sind, können unterbreitet werden. Die Befugnisse einer Vergleichskommission beschränken sich auf die Abgabe von Empfehlungen, und den Streitparteien steht es frei, diese anzunehmen oder abzulehnen.

Die OSZE verfügt zwar über unterschiedliche Vergleichsverfahren, unter anderem in Gestalt des 1991 verabschiedeten „Valletta-Mechanismus“, doch bildet der Gerichtshof den einzigen rechtlichen Rahmen der OSZE für Schiedsverfahren. Anders als beim Vergleich steht am Ende eines Schiedsverfahrens ein rechtlich bindender Schiedsspruch. Dieser ist strikt

Im Dornröschenschlaf

Der Vergleichs- und Schiedsgerichtshof der OSZE

von Christian Tomuschat

an den Grundsatz der Zustimmung gebunden, der dem Regime der internationalen Streitbeilegung generell zugrunde liegt. Die Ratifizierung des Übereinkommens ist nur ein erster Schritt. Dann muss die Zuständigkeit des Gerichtshofs anerkannt werden, entweder kraft einer einseitigen Erklärung, die beide Streitparteien abgeben haben müssen, oder mittels Vereinbarung zwischen den Parteien.

Im Bereich der Schiedsgerichtsbarkeit steht der Gerichtshof der OSZE zwangsläufig in einer gewissen Konkurrenz zu anderen gerichtlichen Institutionen für die Beilegung völkerrechtlicher Streitigkeiten, wie dem Internationalen Gerichtshof, dem Ständigen Schiedshof und dem Gerichtshof der Europäischen Union. In der Präambel des Übereinkommens von Stockholm heben die Vertragsstaaten hervor, dass sie die Rolle des Gerichtshofs als diesen nachgeordnet erachten. Wenn es zu einem Streitfall kommt, müssen die Regierungen, die eine richterliche Beilegung wünschen, die Vor- und Nachteile der verfügbaren Rechtsmittel gegeneinander abwägen.

Ein Schiedsverfahren nach dem Übereinkommen von Stockholm hat viele Vorteile – so ist etwa das Richterkollegium nicht vorgegeben wie im Falle des Internationalen Gerichtshofs, wo eine Partei, die nicht auf der regulären Richterbank der fünfzehn Richter vertreten ist, lediglich um Beiziehung eines Ad-hoc-Richters ersuchen kann. Im Gerichtshof der OSZE werden zwei der fünf Mitglieder des Schiedsgerichts von den jeweiligen Seiten aus der Gruppe der ständigen Schiedsrichter ernannt. Alle Schiedsrichter, die auf der ständigen Liste stehen, sind erfahrene Juristen, sehr vertraut mit den Besonderheiten des europäischen Rechtsdenkens, und die neutralen Schiedsrichter werden niemals gegen den Einspruch einer der Parteien bestellt – ein Merkmal, das auch für Vergleichskommissionen gilt. Ein auf diese Weise bestelltes Kollegium verdient volles Vertrauen.

Die Staaten, die dem Übereinkommen von Stockholm beigetreten sind, tragen gemeinsam die gesamten Kosten einer Vergleichskommission oder eines Schiedsgerichts,

wie dies auch bei Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof im System der Vereinten Nationen der Fall ist. Ein Schiedsverfahren außerhalb dieses institutionellen Rahmens kann in der Tat mit hohen Kosten verbunden sein, da die Streitparteien nicht nur für ihre Bevollmächtigten und Rechtsbeistände, sondern auch für die von ihnen bestellten Schiedsrichter die Kosten übernehmen müssen.

Ein weiterer Vorteil des OSZE-Gerichtshofs ist das Vorhandensein einer institutionellen Struktur, wenngleich derzeit nur in bescheidenem Ausmaß, da der Gerichtshof seit seiner Errichtung noch mit keinem einzigen Streitfall befasst wurde.

Es ist unwahrscheinlich, dass der Gerichtshof zur Beilegung größerer Streitfälle angerufen wird, doch ist er die geeignete Institution für die Beilegung von Differenzen, die – selbst wenn sie nicht von größeren politischen Spannungen begleitet sind – auf diplomatischem Weg nicht beigelegt werden konnten und die gutnachbarlichen Beziehungen beeinträchtigen. Die Regierungen sollten bedenken, dass durch die Hinzuziehung einer neutralen dritten Partei die wesentlichen Elemente einer Kontroverse besser erkennbar werden und diese von ihrer emotionalen Befrachtung befreit wird.

Die Tatsache, dass der Gerichtshof schon so lange im Dornröschenschlaf liegt, heißt keineswegs, dass er keine Daseinsberechtigung mehr hat. Ohne Zweifel gibt es eine ganze Reihe von eher verborgenen Konflikten, denen eine offene und transparente Thematisierung gut täte. Eben diese Fälle sind es, für die der Gerichtshof seine Hilfe zur Sicherung des Friedens und der Stabilität in Europa anzubieten hat.

Christian Tomuschat, emeritierter Professor für öffentliches Recht, Völker- und Europarecht an der Humboldt Universität in Berlin, ist Präsident des Vergleichs- und Schiedsgerichtshofs der OSZE.

Mehr zum Vergleichs- und Schiedsgerichtshof der OSZE unter www.osce.org/cca

**„Wir haben Gender
so gründlich
institutionalisiert, dass
davon nichts mehr zu
erkennen ist.“**



Für die Illustration wurde ein Foto von Rowan Farrell verwendet

Interview mit Madeleine Rees, Generalsekretärin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit



Wie kann man sicherstellen, dass mit dem Ende eines Krieges der Frieden beginnt? „Indem man Frauen in den Friedensprozess einbindet“, lautet eine Antwort, die die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) mit Sitz in Genf seit bald hundert Jahren verkündet.

Welchen Zweck verfolgt die IFFF?

Unsere Organisation wurde 1915 gegründet, weil man dem Ersten Weltkrieg ein Ende machen wollte. Damals kamen tausendeinhundertsechunddreißig Frauen aus der ganzen Welt in Den Haag zusammen, um zu erörtern, wie man die neutralen Mächte dazu bewegen könnte, die Initiative zu ergreifen und Druck auf die kriegführenden Staaten auszuüben, um dem Töten ein Ende zu setzen. Das hat bekanntlich nicht funktioniert, aber die Analyse der eigentlichen Ursachen des Krieges, die diese Frauen damals anstellten, ist uns auch heute noch ein Anliegen. Wir streben nach Frieden und Freiheit, auf dieses Ziel arbeiten wir hin, indem wir für Frauen das Recht und die Verantwortung einfordern, in die Entscheidungsprozesse zu allen Aspekten von Frieden und Sicherheit eingebunden zu werden. Wir versuchen, den tieferen Ursachen eines bewaffneten Konflikts auf den Grund zu gehen, um etwas dagegen zu unternehmen, unter anderem durch Entmilitarisierung, Investitionen in den Frieden und Unterstützung des multilateralen Systems, damit es zur Konfliktverhütung eingesetzt werden kann.

Wie hat sich die Agenda der Gruppe im Laufe der Zeit verändert?

Die Grundprinzipien unserer Arbeit sind dieselben geblieben, geändert hat sich unsere Strategie, die wesentlich umfassender wurde. Wir haben uns immer schon für Abrüstung eingesetzt, wobei natürlich die Entwicklung der Atomwaffen unseren Fokus vergrößert hat. Wir beschäftigen uns auch mit Menschenrechtsverletzungen als Ursache bewaffneter Konflikte. Und wir haben ein Programm zur Unterstützung der Resolution 1325 des UNSicherheitsrats über Frauen, Frieden und Sicherheit, mit dem sichergestellt werden soll, dass Frauen nicht nur in Friedensvereinbarungen zur Beendigung von Konflikten, sondern auch als Strategie zur Konfliktverhütung eingebunden werden.

Für uns ist wichtig, dass diese drei Programme eng miteinander verknüpft sind. Es ist sinnlos, über Konfliktverhütung zu reden, ohne Abrüstung mit einzubeziehen, oder über Partizipation der Frauen, ohne die Menschenrechte zu erwähnen.

Wir haben auch ein Nahost- und Nordafrikaprogramm, das eine Antwort auf den Arabischen Frühling ist. Und der zweite große Teil unserer Arbeit ist die Gender-Analyse.

Was versteht man unter Gender-Analyse und weshalb ist sie wichtig?

Anders als die Analyse der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts sieht die Gender-Analyse in den Genderbeziehungen und der Dekonstruktion von Männlichkeit ein Element, das den Boden für Konflikte bereitet. Es reicht nicht aus, sich nur das Verhältnis Frauen/Männer anzusehen oder mehr Frauen in Machtpositionen zu bringen, weil sich das nicht zwangsläufig auf das Kräftespiel auswirkt, das wir zu verändern versuchen.

Über Gender wurde sehr viel geredet, vieles wurde allerdings auch gründlich missverstanden. Internationale Organisationen haben sich weitgehend auf die Institutionalisierung von Gender konzentriert, doch wie ein Vertreter der Vereinten Nationen sagte, haben wir Gender so gründlich institutionalisiert, dass davon nichts mehr zu erkennen ist.

Wir haben die Beziehungen zwischen den Geschlechtern und die Dekonstruktion von Männlichkeit als ein Element, das Konflikten den Boden bereitet, in den Blick genommen. Das ist einer der ganz großen Forschungsbereiche der Wissenschaft. Die Ausgangshypothese lautet, dass Gewalt ein Produkt der Beziehungen zwischen den Geschlechtern sein kann; wenn man also verstehen will, woher Gewalt kommt und wie es zur Militarisierung kommt, muss man sich ansehen, wer die Macht hat und wie sie ausgeübt wird.

Letztlich landen wir immer bei der Erziehung der kleinen Jungen und Mädchen. Fällt ein dreijähriger Junge hin, dann hilft man ihm auf und sagt, er sei doch schon ein kleiner Mann; ein kleines

Mädchen nimmt man in den Arm und tröstet es mit den Worten: „Ist schon wieder gut“. Hier beginnt alles – Männer werden als künftige Ernährer zu Härte erzogen.

Es gibt eine ausgezeichnete Untersuchung im Auftrag des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (die leider nicht veröffentlicht wurde), die zeigt, wie die männliche Psyche in einem sich aufbauenden Konflikt funktioniert. Vor einem Konflikt sieht sich ein Mann in der Rolle des Beschützers, Ernährers, Ehemanns und Vaters, aber je mehr sich die Dinge entwickeln, mutiert er zum Krieger, zu einer anderen Art von Beschützer, der über Frauen verfügen kann usw. Er entfernt sich also immer weiter von seiner bis dahin normalen Rolle und entwickelt diese gewaltbereite Männlichkeit. Das haben wir auf grauenhafte Weise im Bosnienkrieg erlebt, wo es zu Menschenhandel kam.

Sie verfügen über langjährige Erfahrung als Menschenrechtsanwältin in Bosnien und Herzegowina. Können Sie uns etwas über das jüngste Projekt der IFFF erzählen, bei dem es um ein Treffen zwischen Frauen aus Syrien und Bosnien geht?

Im Februar haben wir 25 Frauen aus Syrien nach Bosnien zu einem Gedankenaustausch mit den Frauen dort eingeladen. Die Frauen in Bosnien gingen durch eine harte Schule. Es fing damit an, dass sie nicht in die Ausarbeitung des Friedensvertrags einbezogen wurden, der 1995 den Krieg beendete. Der Dayton-Vertrag schrieb die ethnische Dimension des Konflikts zu Lasten jeder anderen Sichtweise fest.

Das Ergebnis war, dass den Frauen nur mehr ein ganz kleiner Spielraum für die Partizipation am politischen Prozess, am gemeinsamen Einsatz für den Wandel blieb. Es war für uns offensichtlich, dass die Frauen in Syrien auf ähnliche Weise ausgeschlossen werden. Wir wollten gemeinsam mit den syrischen Frauen herausfinden, was man tun kann, um sie in die Friedensverhandlungen einzubinden, ehe es zu einem Friedensabkommen kommt, so dass sie auf den Übergangsprozess Einfluss nehmen können.

Es war eines meiner einprägsamsten Erlebnisse, zu sehen, was die Bosnierinnen in ihrem Bemühen, das System, den Verfassungsrahmen, der spaltete und trennte, zu überwinden, gelernt und erreicht haben. Das war eine ungeheure Hilfe für die Syrerinnen. Sie spürten die Solidarität der Bosnierinnen, die durch dieselbe Hölle gegangen waren, die sie nun selbst erlebten.

Die bosnischen Frauen konnten den Syrerinnen Mut machen, indem sie ihnen vor Augen führten, dass sie schon wesentlich weiter sind, als sie selbst nach drei Jahren des Konflikts gewesen waren, da sie deutlich mehr Unterstützung bekommen. Nicht zuletzt auch durch das Internet, das es viel einfacher macht, sich zu organisieren und zu engagieren. Natürlich hat man nicht überall in Syrien Zugang zum Internet, aber dort, wo es Internet gibt, macht es die Kommunikation viel einfacher.

Umgekehrt gelang es den Syrerinnen, die bosnischen Frauen dazu zu veranlassen, aktiv an den Protesten gegen die Regierung, die damals gerade in Bosnien stattfanden, teilzunehmen. „Verschafft euch Gehör“, sagten sie. Wir arbeiten derzeit gemeinsam mit den bosnischen Frauen daran, ihre frühere Solidarität wieder aufleben zu lassen, um den Wandel aktiv voranzutreiben.

Was planen Sie für die Hundertjahrfeier der IFFF im kommenden Jahr?

Es wird einen großen Festakt in Den Haag geben, wo die IFFF ja aus der Taufe gehoben wurde. Im April wird unser Dreijährlicher Kongress stattfinden, der das Entscheidungsgremium der IFFF ist, und daran anschließend ist eine internationale Konferenz geplant, zu der wir in Zusammenarbeit mit den Nobelpreisträgerinnen Frauen und Männer aus der ganzen Welt einladen wollen, um mit ihnen gemeinsam zu erörtern, welche Fortschritte erzielt wurden und was noch geschehen muss, damit Frieden und Sicherheit Wirklichkeit werden.

Das Gespräch mit Madeleine Rees führte Maria Kuchma.



Die Welt der Wissenschaft und die OSZE

Die neue Mittelmeerachse

Das erst vor Kurzem lancierte New-Med Network vernetzt Experten, die das Engagement für Frieden und Sicherheit im Mittelmeerraum und das Interesse an der Frage, wie die OSZE die Mittelmeerkooperation vorantreiben kann, verbindet.

Der Startschuss für die Diskussion erfolgte bei einem Workshop, der am 4. und 5. Juni in Turin stattfand und von der in Turin ansässigen Compagnia di San Paolo unterstützt wurde. Das internationale Seminar Towards Helsinki+40: The OSCE, the Global Mediterranean and the Future of Co-operative Security, eine gemeinsame Veranstaltung des Schweizer OSZE-Vorsitzes und des italienischen EU-Vorsitzes, wird am 18. September 2014 in Rom abgehalten.

OSZE Netzwerk von Think Tanks

Das OSZE Netzwerk bestehend aus Think Tanks und akademischen Institutionen veröffentlichte im April 2014 die Ergebnisse seiner ersten Studie Threat Perceptions in the OSCE Area. Derzeit ist eine zweite Studie über die Zukunft der OSZE-Feldoperationen in Arbeit, die im Herbst vorgestellt werden soll. Der aktuelle Stand ist unter osce-network.net nachzulesen.

Eine Büchse der Pandora des Journalismus?



Open Journalism ist eine neue Form der journalistischen Berufsausübung, bei der professionelle Journalisten, Kommentatoren, Tweeter und Blogger aus den sozialen Medien in die Entstehung von Stories einbinden, die zur weltweiten Meinungsbildung beitragen. Welche regulatorischen, rechtlichen und ethischen Probleme können dabei entstehen? Die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit lud am 5. Mai Journalisten, Fachleute und Politiker nach Wien zu einer ersten Sondierung der Möglichkeiten und Gefahren des Offenen Journalismus ein. Im Folgenden einige Kommentare von Teilnehmern.

„Die Wiener Konferenz lässt sich in einem Wort zusammenfassen – Vielfalt. Das Spektrum der Meinungen reichte vom überzeugten Beharren auf der positiven Wirkung des Internets und der Medien bis zum Aufzeigen der Probleme, die ein Raum für unabhängige Medien, investigativen Journalismus und Medieninhalte mit sich bringt – ab da war mir klar, dass ich mich inmitten lebhafter Diskussionen befand, in denen die unterschiedlichsten Argumente aufeinander prallten –also genau am richtigen Ort!“

Boro Kantić
Direktor, Mediacentar Sarajewo
Bosnien und Herzegowina

„Heißt Offener Journalismus, dass Journalismus früher nicht offen war?“ lautete die Frage eines Diskussionsteilnehmers, die mich nachdenklich machte. Denn einerseits ging es bei gutem Journalismus ja immer um Offenheit gegenüber unseren Rezipienten, der Öffentlichkeit; so gesehen ist ‚offen‘ also nichts Neues. Doch dann wurde eingewandt, dass man heute ja nicht mehr von Rezipienten sprechen könne, sondern

stattdessen sagen müsste ‚die Menschen, die man früher als Rezipienten bezeichnete‘. Der Begriff Offenheit ist also in einem Kontext zu verstehen, in dem es keine Rezipienten im herkömmlichen Sinn mehr gibt. Wir haben es vielmehr mit Menschen zu tun, die sich an der Entstehung journalistischer Inhalte beteiligen, die Einfluss auf Inhalte nehmen wollen – von der Fragestellung bis hin zur Darstellung von Themen.

Ich arbeite für eine NGO in Ungarn, die investigativen Journalismus betreibt, atlatzso.hu, die nur zu dem Zweck entstand, mit Offenem Journalismus zu experimentieren. Mithilfe verschiedener Crowdsourcing Tools geben wir Nutzern die Möglichkeit, selbst zu unserer journalistischen Arbeit beizutragen, indem sie zum Beispiel unsere [KiMiTud.org](http://kiMitud.org), die ungarische Version von Ipaidbribe.com (fizettem.hu), oder die anonyme Leak-Plattform (MagyarLeaks) nutzen. Sie bestimmen im Grunde die Berichterstattung von atlatzso.hu. Wir laden sie auch dazu ein, durch freiwillige Mitarbeit oder finanzielle Unterstützung zur

Erhaltung unseres Betriebs beizutragen.

Ich glaube, dass für uns Journalisten neue und spannende Zeiten anbrechen; die Technik wird dem Journalismus dabei helfen, den Menschen, denen er dienen soll, größere Offenheit denn je zuvor zu bieten.“

Attila Mong
Atlatzso.hu
Ungarn

„Für mich geht es bei Offenem Journalismus – und ich meine Open Journalism und nicht Citizen Journalism, Definitionen sind wichtig! – letztendlich darum, dass Zeitungen und Journalisten begreifen, dass das Internet ihre Beziehung zu ihren Lesern von Grund auf verändert hat. Das ist zum guten Teil darauf zurückzuführen, dass im Gegensatz zu früher, als der Nachrichtenfluss in eine Richtung ging und die Leser (mehr oder weniger) passiv konsumierten, was ihnen die Zeitungen zu liefern bereit waren, heute die Unmittelbarkeit der Massenkommunikation über das Internet aus passiven Lesern jemanden macht, der Eigenes beiträgt (Ideen und

Input für die journalistische Arbeit), Fakten überprüft (unsere Arbeit kommentiert oder Fehler korrigiert) und weiter verbreitet (also maßgeblich dazu beiträgt, dass unsere Arbeit mehr Menschen erreicht).

Das heißt für mich, dass wir die Pflicht haben, diese Leute weit mehr in unsere Tätigkeit einzubinden, als das bisher der Fall war, indem wir sie bitten, uns mit Fachwissen, Erfahrung oder Kontakten zu helfen, und sie mehr in den journalistischen Prozess selbst einbeziehen. Das ist natürlich nicht bei jeder Geschichte möglich, mitunter auch gar nicht wünschenswert. Ich meine aber, dass eine stärkere Einbindung der ‚Menschen, die man früher als Rezipienten bezeichnete‘ sinnvoll (schafft guten Journalismus), nützlich (baut Brücken zwischen unseren Lesern und uns) und notwendig ist (einfach gesagt: Sie erwarten das von uns, und wenn wir unsere Arbeitsweise nicht ändern, wird keiner mehr auf uns hören).

Das heißt nicht, dass wir unsere journalistischen Grundsätze über Bord werfen; mehr denn je zuvor sind wir zu absoluter Genauigkeit, Objektivität und Ausgewogenheit verpflichtet, denn nur so werden wir uns im Internet von anderen unterscheiden können. Jedenfalls können wir nicht einfach weitermachen wie bisher, denn dann sind unsere Tage gezählt.“

Jon Henley
The Guardian
Vereinigtes Königreich

„Es war mir eine Ehre, an dieser außergewöhnlichen Veranstaltung teilzunehmen, die der Pressefreiheit und ganz allgemein der Zukunft des Journalismus gewidmet war, bei der die Vielfalt und die Stimmen aus der Region ebenso zu hören waren, wie

Ansichten von Experten zu den Themen, die die aktuelle Entwicklung der Medien betreffen – Gesetzgebung, Berufsethos, Medienkonvergenz, Sicherheit, Solidarität zwischen Medienschaffenden und neue Herausforderungen im Bereich der freien Meinungsäußerung.

Es zeigte sich, dass wir alle – Journalisten, Führungspersonlichkeiten aus Medien und Berufsorganisationen, Wissenschaftler und Menschenrechtsverteidiger – öfter zusammen kommen sollten, um uns regelmäßig über die heißen Themen der Medienentwicklung auszutauschen. Und es zeigte sich auch, dass es einer Medienkompetenz und -erziehung bedarf; wichtig war auch die Mitteilung, dass die OSZE vorhat, in Zukunft derartige Treffen mit Politikern und Entscheidungsträgern aus der Region abzuhalten.

Open Journalism ist eine neue globale Medienrealität, doch ist der herkömmliche Journalismus als ein auf ethischen und Qualitätsnormen beruhendes öffentliches Gut heute wichtiger denn je zuvor. Darüber sollten wir mehr sprechen und Erfahrungen austauschen. Die OSZE scheint mir hier eine Vorreiterrolle zu spielen.“

Nadeschda Aschgichina
Sekretärin des russischen
Journalistenverbandes
Vizepräsidentin der Europäischen
Journalistenföderation
Russische Föderation

„In einem Punkt sind wir uns alle einig, dass nämlich das Internet und die sozialen Medien den traditionellen Journalismus massiv beeinträchtigt und insbesondere zur aktuellen Krise beigetragen haben, in der sich der traditionelle Journalismus und die herkömmlichen Medien befinden. Die sozialen Medien haben – wie heute mehrfach festgestellt wurde – das Monopol auf Wahrheit gebrochen, was an sich schon ein bedeutender Beitrag

und eine große Leistung sowohl für die Meinungsfreiheit aber auch, wie ich meine, für die Medienfreiheit ist. ‚Die Menschen, die man früher als Rezipienten bezeichnete‘, wurden zu Wächtern der Wächter, zu Botschaftern der Botschafter und zu einer unüberhörbaren Stimme, die eine Alternative zum herkömmlichen Journalismus und zu den traditionellen Medien bietet.

Vielleicht können wir den Offenen Journalismus, ganz wie den herkömmlichen Journalismus, in zwei große Kategorien unterteilen, in Qualitätsjournalismus und Sensationsjournalismus. Sensationsjournalismus hatte immer sein Publikum. Offener Journalismus mag größtenteils Sensationsjournalismus sein – doch das gilt auch für den traditionellen Journalismus. Die Frage, die sich stellt – und das ist sehr wichtig für uns –, ob die erste Gruppe, die professionellen Vertreter eines offenen Qualitätsjournalismus, eines hohen Maßes an Schutz bedarf, durch uns, durch unser Büro und durch andere Organisationen zum Schutz der Medienfreiheit. Daraus ergeben sich auch rechtliche Fragen.

Der Journalismus selbst ist keine heilige Kunst sondern eine, an der Millionen Menschen mitwirken. Wenn sie Journalismus ausüben, müssen sie auch insofern wie Journalisten handeln, als sie Verantwortung im weitesten Sinn des Wortes übernehmen müssen, in deren Zentrum – und auch das wurde heute schon angesprochen – die Einhaltung der ethischen Werte der Profession steht.“

Andrei Georgiewitsch Richter
Direktor, Büro der OSZE-
Beauftragten für Medienfreiheit

Der Zauber des

Fußballs

Die dänische Nichtregierungsorganisation Cross Cultures Project Association (CCPA) gibt jungen Menschen aus Bürgerkriegsländern die Möglichkeit, Misstrauen und Hass für eine Weile zu vergessen – durch den Fußball.

In den Open Fun Football Schools (OFFS) kommen Jungen und Mädchen, Trainer und Freiwillige aus ethnisch, religiös und politisch zerrissenen Gemeinschaften für intensive fünf Tage zusammen, in denen die Sprache des Fußballs das Spielfeld beherrscht und Spaß, Freundschaft und Freude Raum gegeben wird, damit sie ihre heilende Wirkung entfalten können. Die Veranstalter nennen das „Insel der Chance“.

Die Geschichte der OF-Fußballschulen ist auch die Geschichte eines Getriebenen, der immer wieder versucht, die Schrecken des Krieges durch einen Rausch der Versöhnung auszulöschen.

„Fußball ist Emotion. Es sind die Absolutheit und der Rhythmus, die das Besondere dieses Sports ausmachen; das Tollste daran ist für mich, dass man kein Superspieler sein muss, um diese großartigen Momente zu erleben. Ich bin davon überzeugt, dass jeder Sportler unabhängig von seiner Begabung schon einmal erlebt hat, dass Zeit, Raum und die Situation zu einer Art metaphysischem Erlebnis verschmelzen, das die ganze Persönlichkeit durchdringt.“

So beschreibt Anders Levinsen, Geschäftsführer der Cross Cultures Project Association, die Kraft, die ihren Zauber in den OS-Fußballschulen entfaltet, die er 1998 im vom Krieg zerrissenen Bosnien und Herzegowina gegründet hat.

Levinsen musste mit eigenen Augen die Kriegsgräueltaten mit ansehen. In seiner Zeit als Leiter des Büros des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Zentral- und Nordostbosnien und -herzegowina zwischen 1992 und 1993 führte er einen aussichtslosen Kampf um die Öffnung eines Korridor für die Evakuierung der 40 000 Frauen, Männer und Kinder, die während der grauenvollsten Phase des Konflikts in der belagerten Enklave Srebrenica festsaßen. „Die Evakuierung misslang – sie scheiterte ebenso wie die Lösungsbemühungen der Vereinten Nationen in dem Konflikt. Das veranlasste mich dazu, mein Amt dort zurückzulegen“, erzählt er.

Seither arbeitet er wie besessen daran, die tragischen Kriegsofferstatistiken durch Statistiken freudvoller Erlebnisse vergessen zu machen. Sechs Jahre nach dem Massaker von Srebrenica war es ihm erstmals möglich, dorthin zurückzukehren. Er organisierte Ballspiele zwischen 200 bosnisch-serbischen Jungen und Mädchen mit ebenso vielen muslimischen Kindern, die mit Bussen aus Vogosca abgeholt wurden, einer Kleinstadt unweit Sarajewos, in die ihre Familien geflüchtet waren. Er beschreibt im Folgenden, welche befreiende Wirkung dieser Tag für ihn hatte:

„Als die muslimischen Kinder aus dem Bus stiegen, begannen die in vier langen Schlangen geduldig wartenden einheimischen bosnisch-serbischen Kinder spontan zu applaudieren. Die 200 bis 300 Zuschauer, die um das Spielfeld standen, fielen in den Applaus ein – mit dieser Reaktion hatte niemand gerechnet.“

Die Atmosphäre war mitreißend. Als hätte der Rhythmus der Musik, die wir mitgebracht hatten und die nun über die Lautsprecher ertönte, das Spielfeld in ganz eigene Schwingungen versetzt. Die Trainer und ehemaligen Feinde spielten mit den Kids und feuerten sie mit einer solchen Begeisterung an, dass sie teilweise nicht von den Jugendlichen zu unterscheiden waren. Alle Kinder waren ständig und gleichzeitig in Bewegung. Einhundertvierzig Fußbälle, 30 Hula-Hoop-Reifen und Hüpfseile flogen durch die Luft und 400 glückliche Kinder verausgabten sich, lachten, applaudierten und klatschten einander gegenseitig in die Hände, als wäre es das Selbstverständlichste auf der Welt.

Ich glaube, dieser Herzschlag ist es, der unsere Open Fun Football Schools auf dem Balkan zu etwas ganz Besonderem macht. Er löste meine schmerzlichen Erinnerungen an die Kriegszeit auf und erfüllte mich mit einem Gefühl friedvoller Leichtigkeit, vergleichbar mit dem Nachlassen des schmerzhaften Drucks im Innenohr nach einem unruhigen Flug.“

Es ist eine einfache Therapie der Freude, die Tausenden Kindern hilft, die Keimzelle für eine neue Einstellung zum Leben zu legen. Heute veranstaltet die Cross Cultures Project Association ihre OF-Fußballschulen auf dem Balkan, im Kaukasus, in Moldau, in der Ukraine und im Nahen Osten.

2011 erhielten die Spiele mit der bürgernahen Polizeiarbeit eine zusätzliche Dimension, als die Cross Cultures Project Association die Zusammenarbeit mit der führenden dänischen Institution für Kriminalitätsprävention namens Schule+Sport+Polizei (SSP) aufnahm. Seit 30 Jahren baut die SSP auf die Erkenntnis auf, dass es für eine wirksame Verhütung von Jugendkriminalität der koordinierten und gemeinsamen Bemühungen aller bedarf, die mit den Kindern, Jugendlichen und deren Eltern täglich zu tun haben. Rund um die Spiele leistet die Institution jetzt Hilfestellung beim Aufbau eines sektorenübergreifenden Netzwerks für Kriminalitätsprävention in örtlichen Gemeinschaften.

In Georgien läuft derzeit ein großangelegtes Kriminalitätspräventionsprojekt und auch in der Ukraine ist bürgernahe Polizeiarbeit ein wichtiger Teil der OFTS. Auch während der aktuellen Krise hatten Jugendliche immer die Möglichkeit, über ethnische Trennlinien hinweg miteinander Fußball zu spielen. Im Januar und Februar wurden auf der Krim elf OFTS abgehalten, zu denen Ende Mai weitere zehn im Rahmen der Breitenfußballwoche der UEFA hinzukamen. Bei allen Fußballschulen in der Ukraine sind immer zwei Polizisten anwesend, die in bürgernaher Polizeiarbeit geschult sind. Eine auf fünf Jahre ausgelegte Kooperationsvereinbarung zwischen den Open Fun Football Schools, dem Innenministerium und dem Bildungsministerium stellt sicher, dass die Open Fun Football Schools systematisch zur Verhütung von Jugendkriminalität eingesetzt werden.

Insgesamt wurden bisher über 1 500 fünftägige Open Fun Football Schools für 340 000 Jungen und Mädchen zwischen sieben und zwölf Jahren veranstaltet; 500 000 Kinder nahmen an eintägigen sogenannten Fun Festivals teil; 70 000 Freiwillige wurden als örtliche Teamchefs, Betreuer und deren Helfer ausgewählt und eingeschult; 48 000 Eltern und Gemeindevertreter nahmen an Workshops und Elterntreffen teil. In diesem Sommer werden die Open Fun Football Schools voraussichtlich ihren millionsten Teilnehmer begrüßen können.

Mehr zu den Open Fun Football Schools und deren Bedeutung für die bürgernahe Polizeiarbeit finden sich auf der Website der Cross Cultures Project Association: ccpa.eu.



Victor-Yves Ghebali (†)

Die Rolle der OSZE in Eurasien – vom Gipfeltreffen in Lissabon zum Ministerrat in Maastricht (1996 – 2003)

von Alexandre Lambert

Dieses neue wissenschaftliche Meisterwerk des verstorbenen Victor-Yves Ghebali ist Pflichtlektüre für all jene, die sich für die OSZE, die multilaterale Sicherheitszusammenarbeit und die geopolitischen Gegebenheiten dieser einzigartigen regionalen Sicherheitsgemeinschaft, die die euroatlantische Region und Eurasien miteinander verbindet, interessieren.

Dieses umfangreiche Werk trägt unverkennbar die Handschrift seines Autors, der als Professor am Genfer Hochschulinstitut für internationale Studien lehrte und vielen unter dem Spitznamen „Mr. OSZE“ in Erinnerung ist. Das in französischer Sprache verfasste Buch umfasst 800 Seiten (eingeteilt in 13 Kapitel) und beinhaltet zahlreiche Referenzen und Dokumente. Die Monografie ist der dritte und letzte Band einer Reihe über die Geschichte der OSZE, deren erster die Zeit des Kalten Krieges (1973 – 1989) behandelt, während der zweite Band durch die Jahre nach dem Kalten Krieg (1990 – 1996) führt.

Im behandelten Zeitraum fanden zwei tiefgreifende geopolitische

Veränderungen statt: Zuerst die EU- und NATO-Erweiterung, größtenteils auf Teile des postkommunistischen Europas, mit den entsprechenden Reaktionen der Russischen Föderation, die an der Schwelle zum neuen Jahrtausend eine deutliche politische Neuausrichtung von Präsident Jelzin zu Präsident Putin erfuhren.

Dann die Terroranschläge 9/11, die die Agenda der OSZE nachhaltig beeinflussten und paradoxerweise zumindest zum Teil mithalfen, mit einem anhaltenden Trend umzugehen, der im Buch kurz „das russische Problem“ genannt wird.

Ghebali zeichnet nicht nur ein äußerst scharfes Bild von der sich ändernden geopolitischen Dynamik, sondern analysiert auch ausführlich, wie es der OSZE mit ihrem umfassenden und kooperativen Sicherheitskonzept gelang, sich erfolgreich auch neuen Herausforderungen wie organisierte Kriminalität, Menschenhandel, illegaler Drogen- und Waffenhandel und Terrorismus zu stellen. Gleichzeitig zeigt er auf, wie sinnvoll und nützlich es war, dass die OSZE in ihrem Handeln ausdrücklich an ihrem Konzept der kooperativen und unteilbaren Sicherheit festhielt, und das in einer geografischen Zone, die an sich von geopolitischen

Spannungen geprägt ist. In der OSZE „sitzen die Vereinigten Staaten und Russland gemeinsam an einem Tisch“, meint Ghebali. Er lehrt uns, dass die OSZE gegenüber anderen regionalen Organisationen wie der NATO und der EU eine ergänzende oder untergeordnete Rolle spielen mag, dass jedoch der von ihr eingebracht Mehrwert nach wie vor „keineswegs unbedeutend“ ist.

Das Vorwort zu dem Buch schrieb OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier. Er bezeichnet Ghebali darin als „den ehrgeizigsten Kritiker“ und „glühendsten Verteidiger“ der OSZE. Ghebali's Arbeit richtet sich gleichermaßen an Wissenschaftler und Diplomaten. Sein Tod ist für die OSZE-Gemeinschaft ein unersetzlicher Verlust.

Ghebali's Studie wurde von Bruylant mit Einwilligung der Familie posthum veröffentlicht, nachdem mit dem Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten vereinbart worden war, die Publikation während des Schweizer OSZE-Vorsitzes 2014 offiziell herauszugeben.

Leider ist das auf Französisch verfasste Werk derzeit nur in dieser Sprache verfügbar. Es gibt nichts Vergleichbares an Forschungsarbeiten und Analysen, das die OSZE so präzise in Zeit und Raum einordnet. Die gegenwärtige Lage in der Ukraine hat die OSZE wieder ins Rampenlicht gerückt. Dieses monumentale Werk beschränkt sich nicht darauf, im Rückblick die Geschehnisse wieder erstehen zu lassen, sondern gibt auch einen richtungweisenden Ausblick auf das, was heute vor sich geht.

Dr. Alexandre Lambert ist Akademischer Direktor und Professor an der School for International Training in Genf (Schweiz).

Lesen Sie alle drei Bände der Trilogie von Ghebali:
-La diplomatie de la détente – La CSCE d'Helsinki à Vienne (1973 – 1989), Brüssel: Bruylant, 1989.
-L'OSCE dans l'Europe post-communiste, 1990 – 1996, Brüssel: Bruylant, 1996.
-Le rôle de l'OSCE en Eurasie, du sommet de Lisbonne au Conseil ministériel de Maastricht (1996 – 2003), Brüssel: Bruylant/DCAF, 2014.



Photo OSCE/Yulia Samus

OSZE-Café

Wenn Sie in Wien sind, versäumen Sie keinesfalls einen Besuch im OSZE-Café im Café Korb im Herzen Wiens. Das auf Initiative von „Sicherheitsgemeinschaft“ ins Leben gerufene OSZE-Café wurde erstmals am 4. Juli abgehalten und bot die seltene Gelegenheit, sich in entspannter Atmosphäre persönlich mit jenen Leuten zu unterhalten, die die Beobachtermission der OSZE in der Ukraine möglich gemacht haben. Beim zweiten OSZE-Café am 22. Juli diskutierten ein Diplomat, ein Mitarbeiter einer Feldoperation und ein Historiker ihre unterschiedlichen Auffassungen darüber, wie man am besten vermitteln kann, was die Organisation tut.

Auskunftsersuchen und Anmeldungen zu Veranstaltungen richten Sie bitte an oscecafe@osce.org.

Aktuelle OSZE-Publikationen

Leveraging Anti-Money Laundering Regimes to Combat Trafficking in Human Beings
Herausgeber: OCEEA, OSR/CTHB, TNTD (Englisch)

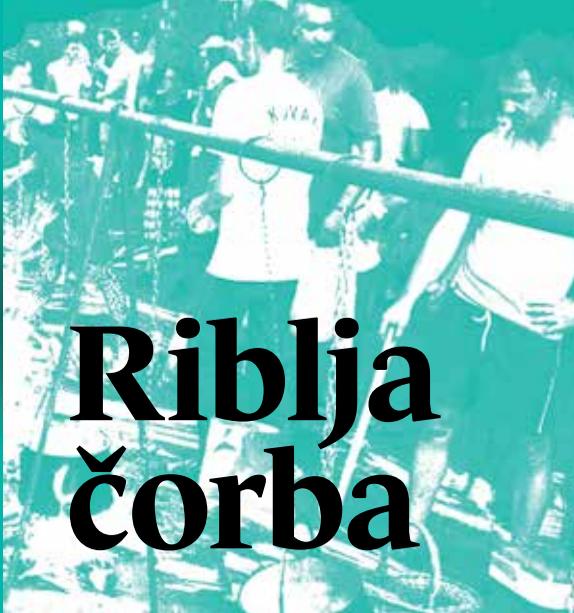
Protection Checklist: addressing displacement and protection of displaced populations and affected communities along the conflict cycle
Herausgeber: Konfliktverhütungszentrum (Englisch)

A comparative study for women MPs in the OSCE region
Herausgeber: BDIMR (Englisch)

Guidelines on the Protection of Human Rights Defenders
Herausgeber: BDIMR (Englisch)

Baseline study on cross-border mobility in the OSCE region
Herausgeber: BDIMR (Englisch)

Integrating a Gender Perspective into Internal Oversight within Armed Forces
Herausgeber: BDIMR (Englisch)



Riblja čorba

Bački Monoštor, ein nahe der Donau gelegenes kleines Dorf in Serbien, hat Jahrhunderte lang Erfahrung mit Überschwemmungen. Berühmt ist es vor allem für seine Riblja čorba, eine Fischsuppe, die von den Fischern aus frisch gefangenen Flussfischen zubereitet wird. Die Zubereitung der Suppe ist Männersache und das Rezept wird seit Generationen gehütet. Miodrag Sandini, der für sein Rezept schon Preise gewonnen hat, verrät uns sein Geheimnis: „Der Fisch muss von höchster Qualität sein, 80 % Karpfen – entfernen Sie die Kiemen und Zähne, da diese die Suppe bitter machen –, 20 % verschiedene Fische, davon mindestens zwei oder drei Stücke vom Hecht, was der Suppe ihren besonderen Geschmack verleiht, sowie süßer und scharfer Paprika aus Bački Monoštor.“

Um selbst eine gute Riblja čorba zu kosten, kommen Sie in der zweiten Augustwoche zum Bodrog Festival nach Bački Monoštor. Das Festival ist nach der Stadt benannt, die alten Schriften zufolge vor langer Zeit hier stand, ehe sie spurlos verschwand. Möglicherweise ist sie in den Fluten der Donau versunken.

Ein neuer OSZE-Ratgeber

Bürgernahe Polizeiarbeit im Sinne der Normen für demokratische Polizeiarbeit kann eine wirksame Strategie zur Verbrechensbekämpfung und zur Erhöhung der allgemeinen Sicherheit der örtlichen Bevölkerung sein. Mit entsprechender Planung und Vorbereitung kann bürgernahe Polizeiarbeit auch einen wesentlichen und nachhaltigen Beitrag zu den allgemeinen Terrorismusbekämpfungsbemühungen unter Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit leisten.

Die OSZE hat im Rahmen ihrer Serie zum Thema Polizeiarbeit einen neuen Ratgeber herausgegeben, der praktische Ratschläge anbietet, wie im Zuge von Maßnahmen zur Verhütung von Terrorismus und zur Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die den Terrorismus begünstigen, die Klippen des Zusammenwirkens von Polizei und Bürgern umschiffet und die potenziellen Vorteile von bürgernaheer Polizeiarbeit optimiert werden können.

Der Ratgeber bietet einen kurz gefassten konzeptionellen Überblick, ein Glossar und wertvolle Tipps zur Umsetzung – einschließlich Risikoanalyse, Schulung und Projektevaluierung. Er enthält außerdem 26 Fallstudien, darunter auch praktische Beispiele für gelungene Kommunikation zwischen der Polizei und jungen Menschen.

Preventing Terrorism and Countering Violent Extremism and Radicalization that Lead to Terrorism: A Community-Policing Approach wird gemeinsam von der Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen und dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte herausgegeben. Finanzielle Unterstützung leisteten Australien, die Schweiz, die Vereinigten Staaten und Liechtenstein. Verfügbar in den Sprachen Albanisch, Arabisch, Bosnisch, Englisch, Russisch und Serbisch.

Der Ratgeber kann unter <http://www.osce.org/atu/111438> heruntergeladen werden.

